

Dathe, Uwe

**Working Paper**

## Walter Euckens Weg zum Liberalismus (1918-1934)

Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 09/10

**Provided in Cooperation with:**

Institute for Economic Research, University of Freiburg

*Suggested Citation:* Dathe, Uwe (2009) : Walter Euckens Weg zum Liberalismus (1918-1934), Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 09/10, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung, Abteilung für Wirtschaftspolitik, Freiburg i. Br.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/36455>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



**Walter Euckens Weg zum Liberalismus  
(1918-1934)**

Uwe Dathe  
09/10

Freiburger  
**Diskussionspapiere**  
zur Ordnungsökonomik

Freiburg  
**Discussion Papers**  
on Constitutional Economics



**Walter Euckens Weg zum Liberalismus  
(1918-1934)**

Uwe Dathe  
09/10

**Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik  
Freiburg Discussionpapers on Constitutional Economics  
09/10**

ISSN 1437-1510

Walter Eucken Institut, Goethestr. 10, D-79100 Freiburg i. Br.  
Tel.Nr.: +49 +761 / 79097 0; Fax.Nr.: +49 +761 / 79097 97  
<http://www.walter-eucken-institut.de>

Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung; Abteilung für Wirtschaftspolitik;  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, D-79085 Freiburg i. Br.  
Tel.Nr.: +49 +761 / 203 2317; Fax.Nr.: +49 +761 / 203 2322  
<http://www.wipo.uni-freiburg.de/>

## Walter Euckens Weg zum Liberalismus (1918-1934)

### Inhalt<sup>1</sup>

#### I. Einleitung

#### II. Eucken im Ersten Weltkrieg und in der frühen Weimarer Republik (1914-1922)

#### III. Eucken in den weltanschaulichen, politischen und wirtschaftspolitischen Debatten der Weimarer Republik (1922-1931)

##### 1. Walter Eucken und der Euckenbund

##### 2. Euckens Auseinandersetzung mit dem Sozialismus

##### 3. Frühe Einblicke in wirtschaftliche Machtkämpfe

##### 4. Eucken und die wirtschaftspolitischen Debatten 1925-1931

##### 5. Euckens politische Ordnungsvorstellungen Ende der 1920er / Anfang der 1930er Jahre

#### IV. Walter Eucken 1932 – Liberale Konzepte gegen totalitäre Ideologien

#### V. Gefestigter Liberalismus. Euckens Ablehnung des Nationalsozialismus 1933/34

#### VI. Ausblick

### I. Einleitung

Obwohl in der neueren Literatur zu *Walter Eucken* und dem ordoliberalen Forschungsprogramm der Genese von *Euckens* Werk vermehrt Beachtung zukommt<sup>2</sup>, ist *Walter Oswalts* Beobachtung, dass *Euckens* Weg zum Liberalismus systematisch unterbelichtet sei (*Oswalt* 2005, S. 328), zutreffend. Auch *Joachim Zweynert* kommt in einer theoriegeschichtlichen Skizze zur Entwicklung ordnungsökonomischer Paradigmen implizit zum gleichen Befund, wenn er bemerkt, dass es für die Rekonstruktion der Positionen *Walter Euckens* nicht ausreicht, dessen Hauptwerke zu untersuchen; es müssten auch die frühe Publizistik und verschiedene Briefwechsel herangezogen werden. (*Zweynert* 2007, S. 11) Der Forschungsstand zur Genese des Ordoliberalismus und hier besonders zur Entwicklung der Ansichten *Walter Euckens* ist gekennzeichnet durch ein gegenseitiges Ausblenden wichtiger Forschungsergebnisse der verschiedenen Disziplinen, die sich aus historischer Perspektive mit dem deutschen Liberalismus im 19. und 20. Jahrhundert befassen. Auf der einen Seite

---

<sup>1</sup> Etwas erweiterte Fassung meines Beitrages in *ORDO* 60 (2009).

<sup>2</sup> Exemplarisch *Hüfner* (1995), *Klinckowstroem* (2000), *Peukert* (2000), *Pies* (2001, S. 8-31), *Goldschmidt* (2002), *Renner* (2002), *Dathe/Goldschmidt* (2003), *Broyer* (2006), *Blümle/Goldschmidt* (2006).

arbeiten Historiker, die sich mit der Geschichte des Liberalismus oder mit der Geschichte der deutschen Intellektuellen beschäftigen, auf der anderen Ökonomen, die *Walter Euckens* Werk dogmenhistorisch untersuchen. Ein Austausch fand bislang nicht statt. In den zahlreichen Arbeiten zur Geschichte des Liberalismus<sup>3</sup> und der Intellektuellen<sup>4</sup>, die teilweise bereits den Rang von Standardwerken einnehmen, kommen *Walter Eucken* und die anderen frühen Ordoliberalen (bis 1948) kaum vor.<sup>5</sup> Trotz des zunehmenden Interesses an *Euckens* Biographie und der Genese seines Werkes konzentrieren sich Dogmenhistoriker zu sehr auf die theoriegeschichtlichen Aspekte, d. h. sie ordnen *Walter Eucken* kaum in breitere historische Kontexte ein. Ein Ergebnis dieser wechselseitigen Nichtwahrnehmung besteht darin, dass wir nach wie vor ein sehr einseitiges Bild von der Herausbildung der wirtschaftspolitischen und gesellschaftstheoretischen Auffassungen *Euckens* haben. Seine politischen Ansichten, und damit verbunden, seine Einstellung zum Staat als ordnender Potenz, sind weitgehend unbekannt oder werden höchstens in einer Art Abwehrgeste gegen Vorwürfe<sup>6</sup> verteidigt, *Eucken* sei ein Anhänger des autoritären oder gar des totalen Staates gewesen. Denjenigen, die mit diesen Vorwürfen auftreten, geht es jedoch nur sekundär um die Erhellung der historischen Zusammenhänge, in die *Eucken* eingebunden war, sondern primär um die Desavouierung liberaler Einstellungen. Diesen antiliberalen Angriffen, die bei *Claus-Dieter Krohn*, *Dieter Haselbach*, *Daniela Rüter* und *Ralf Ptak*<sup>7</sup> darin bestehen, Konvergenzen zwischen *Walter Eucken* und dem Nationalsozialismus zu konstruieren<sup>8</sup> oder gar so weit gehen, im Freiburger Nationalökonom einen theoretischen Vorbereiter

---

<sup>3</sup> *Langewiesche* (1988), *Winkler* (1979), *von Thadden* (1978), *Jones* (1988), *Faber* (2000) (bei *Faber* viele Beiträge mit deutlich antiliberaler Note). In den *Geschichtlichen Grundbegriffen* folgt auf den Artikel zum Liberalismus (*Vierhaus* 1982) ein Exkurs *Wirtschaftlicher Liberalismus* (*Walther* 1982). Die Trennung ist symptomatisch. Sie steht für die völlig getrennte historische Erforschung von politischem und wirtschaftlichem Liberalismus.

<sup>4</sup> *Bialas/Stenzel* (1996), *Ehrlich/John* (1998), *Hübinger/Hertfelder* (2000), *Morat* (2001) (guter Überblick), *Raulet* (2001), *Lübbe* (2006) und *Hübinger* (2006).

<sup>5</sup> Eine Ausnahme stellt die Arbeit der Schweizer Historikerin *Milène Wegmann* (2002) dar, in der gezeigt wird, wie nach dem Ersten Weltkrieg verschiedene Konzepte einer liberalen Neuordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft entwickelt worden sind. *Wegmann* geht vor allem auf die Zeit nach 1932 ein, berührt also den hier im Mittelpunkt stehenden Zeitraum nur am Rande.

<sup>6</sup> Zur Kritik dieser Vorwürfe vgl. exemplarisch *Willgerodt* (1998, S. 51-54), *Pies* (2001), *Peukert* (2004), *Goldschmidt* (2005b). Eine sehr differenzierte Betrachtung des Staatsverständnisses und der wettbewerbspolitischen Konzeptionen der frühen Ordoliberalen und ihres geistigen Umfeldes vom Ende der 1920er bis zu Beginn der 1940er Jahre findet man bei *Löffler* (2002, S. 41-55). Ohne auf die Vorwürfe gegen *Eucken* einzugehen, kommt *Peter Steinbach* (2000), der wissenschaftliche Leiter der ständigen Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ in der Gedenkstätte „Deutscher Widerstand“ in Berlin, in einer Analyse von *Euckens* Beiträgen der 1930er und 1940er Jahre zu dem Ergebnis, dass *Eucken* weder vor noch nach 1933 dem Nationalsozialismus entgegenkam und eindeutig zur deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler gehöre.

<sup>7</sup> *Krohn* (1981, S. 25 f., 139, 170), *Haselbach* (1991, S. 78 f., 94-99, 113-115), *Rüter* (2002, S. 31 f., 450 f.), *Ptak* (2004, S. 33-44 und 62-72).

<sup>8</sup> Es ist dann konsequent, wenn *Rüter* die Hinwendung der Freiburger zum Widerstand nur aus den desillusionierenden Erfahrungen erklärt, die sie bei ihren Versuchen zur Umsetzung des Konzepts der Leistungswettbewerbsordnung sammelten.

nationalsozialistischer Wirtschaftstheorien zu sehen (*Amemiya* 2008), soll hier mit einer detaillierten, stark an den Quellen orientierten Rekonstruktion von *Euckens* Weg zum Liberalismus entgegengetreten werden.<sup>9</sup> Neben bereits bekannten und zum Teil auch schon ausgewerteten Quellen<sup>10</sup>, können wir hier eine Reihe von Quellen heranziehen, die bislang noch nicht ausgewertet worden sind.<sup>11</sup> Es wird sich zeigen, dass *Euckens* wirtschaftlicher und politischer Liberalismus 1933/34 so gefestigt war, dass er konsequent gegen das nationalsozialistische Regime auftreten konnte. Seine kontinuierliche Übernahme bzw. Entwicklung liberaler Positionen Ende der 1920er / Anfang der 1930er Jahre ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, wie viele Liberale zu dieser Zeit den entgegengesetzten Weg gegangen sind. Nicht nur in Deutschland (auf ein prominentes Beispiel aus *Euckens* Umfeld, *Otto Most*, gehe ich weiter unten ein)<sup>12</sup>, sondern auch in den Vereinigten Staaten und Westeuropa konnten antiliberaler politische und ökonomische Krisenlösungsmechanismen auch unter Liberalen immer mehr Anhänger finden.<sup>13</sup>

---

<sup>9</sup> Es geht uns nicht darum, *Eucken* einem der geistig-politischen Lager der Weimarer Republik (Republikaner vs. Antirepublikaner, Demokrat vs. Antidemokrat etc.) zuzuordnen, die in der Literatur immer wieder als Ordnungsschemata verwendet werden. In den letzten Jahren haben einige Historiker die gängigen Klassifizierungsmuster gesprengt und sind dazu übergegangen, „die komplexen intellektuellen Diskurse, die die politische Kultur der Weimarer Republik ausmachen, hermeneutisch in ihrem versteckten Sinn aufzuschlüsseln, ihre dahinterliegenden politisch-gesellschaftlichen Interessen aufzudecken, sie auf die strukturellen Bedingungen ihrer sozialen Träger zu beziehen oder aber sie in die allgemeinen Strukturen der historischen Konstellation einzubetten“. (*Gangl/Raulet* 2007, S. 33) Zur Kritik überkommener Deutungen und zu neuen Ansätzen in der Analyse politischer und intellektueller Diskurse in der Weimarer Republik vgl. auch *Merlio/Raulet* (2005) und *Wirsching* (2008).

<sup>10</sup> Hierzu zählen vor allem die zahlreichen Quellen zu *Walter Eucken* im Jenaer *Eucken*-Nachlass in der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena (künftig: ThULB). Systematisch vorgestellt wurden diese Quellen erstmals in *Dathe/Goldschmidt* (2003). Der Jenaer *Eucken*-Nachlass enthält die nachgelassenen Papiere von *Rudolf Eucken* (Vater von *Walter Eucken*), *Irene Eucken* (Mutter von *Walter Eucken*) und das Archiv des *Euckenbundes*. Zur Geschichte und zum Bestand vgl. *Dathe* (2002).

<sup>11</sup> Hierzu zählen vor allem Briefe aus den im Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArch) aufbewahrten Nachlässen von *Alexander Rüstow* (BArch N 1169) und *Gerhard Ritter* (BArch N 1166) sowie Dokumente aus dem noch nicht erschlossenen Nachlass von *Walter Eucken* im *Walter-Eucken-Archiv* Frankfurt am Main.

Die in Koblenz und Frankfurt erstmals ausgewerteten Briefe enthielten zudem Hinweise auf bislang unbekannte Beiträge *Walter Euckens* (1925b, 1925c, 1932d, 1932e)

Nachdem erste archivarische Sichtungen des Nachlasses von *Walter Eucken* in Frankfurt am Main und Freiburg einzelne Dokumente zutage gefördert haben, wird im Moment die Erschließung und Verzeichnung des Nachlasses vorbereitet.

<sup>12</sup> Zur Annäherung führender liberaler Politiker der Weimarer Republik an den Nationalsozialismus vgl. *Richter* (2002, S. 801-820). Politiker, die lange der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) angehörten und dann um 1933 Sympathien für den Nationalsozialismus zeigten, waren u.a. *Gertrud Bäumer*, *Willy Hellpach* und *Hjalmar Schacht*. *Hellpachs* Weg vom Liberalismus zum Antiliberalismus hat *Jansen* (2001) ausgezeichnet dargestellt. *Hellpach* ist mit Blick auf *Eucken* vor allem deshalb von Interesse, weil er zu den kritischen Rezensenten von *Euckens Grundlagen der Nationalökonomie* gehört. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg begannen sozialliberale Politiker wie *Friedrich Naumann* für eine Synthese von Liberalismus und sozialpolitischem Interventionismus zu werben. Im Hintergrund dieses Entwurfs stand die Idee einer sozialen und nationalen Homogenisierung der sozial ausdifferenzierten Gesellschaft. Bei zahlreichen Weimarer Liberalen, die sowohl den politischen als auch den wirtschaftlichen Wettbewerb ablehnten, führte das schließlich zu einer Mixtur aus Liberalismus und völkischem Denken, wobei letzteres maßgebend wurde. Vgl. dazu die Darstellungen von *Kurlander* (2006).

<sup>13</sup> Vgl. *Schivelbusch* (2005, S. 17-20) mit zahlreichen Beispielen aus Westeuropa und den Vereinigten Staaten zur Metamorphose von Liberalen zu Faschisten bzw. Anhängern autoritärer Systeme.

## II. Walter Eucken im Ersten Weltkrieg und in der frühen Weimarer Republik (1914-1922)

*Walter Eucken* wurde wie so viele junge Akademiker seiner Generation durch den Ersten Weltkrieg geprägt, und diese Prägung bestimmte seine politischen Vorstellungen in den ersten Monaten nach der Novemberrevolution. Über die Bedeutung des Fronterlebnisses für die Herausbildung gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen ist viel publiziert worden. Ein Zeugnis, das aus dem Weltkriegsumfeld *Euckens* stammt und die Vorstellungen der Frontgeneration prägnant zusammenfasst, ist der Brief des Geopolitikers *Karl Haushofer* an *Rudolf Eucken*, den Vater des Nationalökonomens, vom 29. Mai 1925. *Haushofer* war im Weltkrieg *Walter Euckens* Vorgesetzter. Nachdem er sich für die Zusendung einer chinesischen Zeitung mit einem Artikel über ihn bedankt hat, schreibt er: „Persönlich haben Sie mir eine grosse Freude gemacht durch die Uebermittlung der Empfehlungen von Walter, an dessen prächtige Dienste im Felde ich mich immer wieder erinnere. [...] Wie schnell ist doch die Zeit, von rasender Arbeit erfüllt, über so Vieles hinweg gegangen, das man, so lange man darin stand, fast für ein Letztes nimmer zu Übersteigerndes an Erleben hielt; und in gewissem Sinne war ja auch die geschmolzene soziale Scheidung durch das Kameradschaftswunder in höchster Anspannung und Opferbereitschaft, wie wir es doch nur im Kriege als etwas fast Selbstverständliches hinnahmen, ein nimmer zu übersteigendes Wunder. Und für uns ist es fast vier Jahre lang Alltag gewesen!“ (ThULB, Nachlass *Eucken* I, 11, H 146) *Euckens* Begeisterung für militärische Fragen, die in vielen Briefen und Randbemerkungen seines Werkes zu erkennen ist, hatte ihren Grund jedoch nicht im Gemeinschaftserlebnis der Front, sondern darin, dass er als Offizier immer wieder Entscheidungen zu treffen hatte, für die er dann auch die persönliche Verantwortung übernehmen musste. In Gesprächen über militärische Angelegenheiten betonte er immer wieder, dass das Militär durch die Herausforderungen, Entscheidungen zu fällen und das eigene Handeln verantworten zu müssen, im Idealfall dazu beitragen könne, die Persönlichkeit junger Menschen zu formen.<sup>14</sup> Der Frontoffizier *Walter Eucken* hatte kein Verständnis für die im Frühjahr 1918 zunehmenden Diskussionen über ein baldiges Kriegsende. Er schimpfte über die „Jammerlappen zu Hause“, schämte sich, ein Deutscher zu sein und entlarvte die grassierende Vaterlandsideologie. Der Einblick in den Widerspruch zwischen dieser Ideologie, andauernd vom Vaterland als Bezugspunkt aller Aktivitäten zu

---

<sup>14</sup> Gespräch mit Prof. Dr. *Christoph Eucken*, dem Sohn *Walter Euckens*, am 21. Oktober 2009 in Freiburg i. Br.

reden, und der „Haltung der Heimat“, der Front die bedingungslose Unterstützung zu verweigern, führte ihn immerhin schon mehr als ein halbes Jahr vor Kriegsende zu der Einsicht, dass es einen „Dienst für das Vaterland“, bei dem das Eigene im Kollektiven aufgeht, nicht geben könne. „Immer wieder lernt man, daß man seine Arbeit nie auf die Menge, in die Weite gründen darf. Das ist ein falscher Trieb des Menschen.“ (Brief an die Mutter vom 10.4.1918)<sup>15</sup> Die Niederlage im Weltkrieg empfand *Eucken* als Schande für Deutschland. Seine grenzenlose Wut über den Kriegsausgang und die Novemberrevolution schlug jedoch nicht in politische Apathie um. Obwohl er intensiv an seiner Habilitation arbeitete, engagierte er sich politisch. Aus dem Januar 1919 ist ein handschriftlicher Wahlauf Ruf zugunsten des bürgerlichen Lagers überliefert. Unter dem Motto „Wählt bürgerlich!“ werden Argumente gegen die Sozialdemokratie vorgebracht, die organisatorische Stärke des Gegners lässt Eucken nicht für eine bestimmte Partei votieren, sondern die Einheit der Bürgerlichen betonen (ThULB, Nachlass *Eucken* V, 11, Bl. 55).<sup>16</sup>

#### Was hat die Revolution gebracht?

1. Arbeitslosigkeit und mit ihr Not und Elend
2. Unsicherheit in Stadt und Land, Raub und Plünderung

Hat die neue Regierung aber mehr Lebensmittel gebracht? Nein!

Die Hungersnot steht vor der Tür.

Darum wählt bürgerlich.

2. Was kostet die Revolution?

Alle deutsche Fürsten haben in einem Jahre nicht einmal 100 Millionen gebraucht

Die Arbeiter- und Soldatenräte haben in 7 Wochen über 800 Millionen verschwendet

Wer muß das zahlen? Das Volk

Merkt Euch das und wählt bürgerlich.

3. Früher standen wir in Feindesland – jetzt rücken die Polen in Deutschland ein

Früher herrschte Ordnung und Sicherheit – jetzt Willkür und Unsicherheit

Früher fand fast jeder Beschäftigung – jetzt ist Arbeitslosigkeit, Not, Elend

So geht es nicht weiter, wir stehen am Abgrund

---

<sup>15</sup> Die Briefe *Walter Euckens* an seine Mutter *Irene Eucken*, in denen er sehr genau über seine politischen Einstellungen Rechenschaft ablegt, gehören zum Konvolut ThULB, Nachlass *Eucken* V, 11. Wenn wir im folgenden auf diese Briefe verweisen, geben wir in Klammern nur das Datum an.

<sup>16</sup> *Walter Eucken* hat diesen Entwurf mit seiner Mutter besprochen. Darauf deutet die Zeile „Was kostet die Revolution?“ hin, die von *Irene Eucken* eingefügt wurde. Unterstreichungen im Original.



Wählt bürgerlich.

Mehrere Briefe an seine Mutter vom Mai und Juni 1919 zeigen, dass er seine Kontakte zur Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), der er Anfang 1919 beigetreten war<sup>17</sup>, Mitte des Jahres intensiverte (Briefe vom 17.5.1919, 23.5.1919, 12.6.1919). Für seine Schwester *Ida Maria Eucken*, die dem Vorstand der Jenaer DNVP-Jugendgruppe angehörte, unternahm er Botengänge zur Berliner Parteizentrale, erwartete dafür, dass sie in der Partei dafür eintrete, die allgemeine Bewegung im „Reich der Jungen“ in wirksame Politik zu verwandeln. Am 21. Juni 1919 sprach *Eucken* auf einer Mitgliederversammlung der Jenaer DNVP-Jugendgruppe über „Rätesystem und Wirtschaftspolitik“.<sup>18</sup> Sein Vater korrespondierte mit *Kuno Graf Westarp* (*Westarp* 2001, S. 81, 549), einem der Gründer der DNVP, die ganze Familie unterhielt Kontakte zu *Clemens von Delbrück*, dem führenden DNVP-Vertreter im Verfassungsgebenden Ausschuss der Weimarer Nationalversammlung.<sup>19</sup> Die Kontakte zu *Westarp* und *Delbrück* zeigen, dass man die *Euckens* keinem der beiden zu Beginn der 1920er Jahre um Einfluss ringenden und oft gegeneinander auftretenden Parteiflügel eindeutig zuordnen kann.<sup>20</sup> *Delbrück* ließ sich auf eine konstruktive Mitarbeit in der Republik ein, lehnte den kompromisslosen Kampf gegen Weimar ab und verurteilte antisemitische und völkische Tendenzen in seiner Partei; *Westarp* war lange Zeit ein kompromissloser Feind des neuen Staates und zeigte Anfang der 1920er Jahre offen Sympathien für den politischen Antisemitismus.<sup>21</sup> *Walter Eucken* verließ die Partei Mitte 1920, gehörte aber bis 1925 zu ihren Sympathisanten.<sup>22</sup> Während wir die Gründe für den endgültigen Bruch mit der DNVP anhand einiger Briefe aus dem *Rüstow*-Nachlass erhellen können – dazu weiter unten mehr –, müssen wir uns, was die Gründe des Parteiaustritts betrifft, auf Indizien stützen. Politische Äußerungen *Euckens* aus dem Jahre 1919 lassen darauf schließen, dass er zu dieser Zeit mit der radikal antirepublikanischen Haltung weiter Kreise der Deutschnationalen konform ging: Während der Berliner Märzunruhen lobte *Walter Eucken Gustav Noske* für dessen schneidiges Auftreten (Brief an die Mutter vom 11.3.1919), lehnte den Vertrag von Versailles ab, äußerte mehrfach den Wunsch nach Revanche und die Hoffnung, bald wieder zu den Waffen greifen

---

<sup>17</sup> Brief von *Walter Eucken* an den Rektor der Universität Freiburg vom 8.4.1937 im Universitätsarchiv Freiburg; zitiert nach *Oswalt* (2005, S. 322).

<sup>18</sup> Anzeige in: *Jenaische Zeitung* Nr. 137 vom 15. Juni 1919.

<sup>19</sup> Vgl. die handschriftlichen Notizen von *Rudolf Eucken* „Zur Erinnerung an Clemens von Delbrück“. ThULB, Nachlass Eucken II, 26, Bl. 698-699.

<sup>20</sup> Zu den deutschnationalen Staatsauffassungen 1918-1920 vgl. *Trippe* (1995, S. 168-170).

<sup>21</sup> Vgl. *Westarp* (2001) und *Jones/Pyta* (2006).

<sup>22</sup> *Alexander Rüstow* spricht in einem Brief vom 15.10.1925 an *Laura Pornau* vom „deutschnationalen Professor *Walter Eucken*“ (BArch N 1169/18, Bl. 187).

zu können (Briefe an die Mutter vom 27.3., 11.5. und 24.6.1919).<sup>23</sup> Damit „Ruhe im Lande bleibt“, meldete er sich schließlich „zeitfreiwillig“ (Brief an die Mutter vom 26.6.1919).<sup>24</sup> Möglicherweise waren es die unklaren Vorstellungen der DNVP von der anzustrebenden Wirtschaftsordnung und die Einsicht, daran wenig ändern zu können, die ihn aus der Partei trieben. In der Partei kursierte 1919/20 ein Gemisch aus planwirtschaftlichen Ideen, kartellfreundlichen Auffassungen, Forderungen nach einer christlich und national grundierten Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitern und Unternehmern, und das alles war verbunden mit einem klaren wirtschaftspolitischen Antiliberalismus.<sup>25</sup>

Während sich die Mitarbeit in der DNVP auf sporadische Aktionen beschränkte, engagierte sich *Eucken* zeitweilig für den Bremer Bürgerausschuss. Die in den nachrevolutionären Unruhen gegründeten Bürgerausschüsse waren bürgerliche Antipoden zu den Räten der Arbeiter und Soldaten. Mit ihnen reagierte das Bürgertum in vielen deutschen Städten auf die antibürgerlichen Angriffe und Putschversuche. Der eher liberal orientierte Bremer Bürgerausschuss, der als Reaktion auf die Bremer Räterepublik entstanden war, umspannte parteipolitisch ein Spektrum, das von der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) bis zur rechten Flügel der Sozialdemokratie reichte und in dem die DNVP keine Rolle spielte.<sup>26</sup> Die Briefe an seine Mutter geben Auskunft über diese in der Literatur kaum beachtete Episode. Vermittelt wurde diese Tätigkeit offenbar durch *Euckens* Doktorvater *Hermann Schumacher*, der aus Bremen kam und zahlreiche Verbindungen zur gesellschaftlichen Elite der Hansestadt unterhielt.<sup>27</sup> Der Bremer Bürgerausschuss beauftragte *Eucken*, als Vertreter der Hansestadt am 9. März 1919 am Reichsbürgertag in Leipzig teilzunehmen (Briefe vom 28.2.1919 und 3.3.1919). Am 10. und 11. Mai 1919 beteiligte sich *Eucken* an den Sitzungen des Präsidialbeirates der Bürgerausschüsse in Berlin (Brief vom 11.5.1919). Durch die Ereignisse in Versailles rückte die „Rätefrage“ etwas in den

---

<sup>23</sup> Am 24.6.1919, einen Tag nach der Billigung der bedingungslosen Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch die Nationalversammlung, schrieb *Eucken* an seine Mutter: „Nun ist also dieses traurige Dokument angenommen. Fast so traurig, wie die Revolution.“ Zu den Debatten um den Vertrag von Versailles vgl. *Lorenz* (2008).

<sup>24</sup> Zu *Euckens* „Wehrfreiwilligkeit“ vgl. auch den Brief des mit *Eucken* gut befreundeten Historikers *Gerhard Ritter* an *Winfried Martin* vom 23.11.1965 (*Schwabe/Reichardt* 1984, S. 613).

<sup>25</sup> Obwohl es einige ausgezeichnete Arbeiten zur DNVP – für die Frühphase vgl. vor allem *Striesow* (1981) und *Trippe* (1995) – gibt, sind die wirtschaftspolitischen Konzepte dieser Partei noch nicht systematisch untersucht worden. Als repräsentative Quelle für die wirtschaftspolitische Konzeption der DNVP 1919 vgl. *Flügge* (1919). *Flügges* Aufsatz ist ein Beitrag zu einem Band, in dem Juristen, Politiker, Historiker und Verwaltungsfachmänner, die der DNVP angehören oder ihr nahe stehen, einen Gegenentwurf zur Weimarer Reichsverfassung vorlegen.

<sup>26</sup> Zu den Bürgerausschüssen vgl. *Bieber* (1992). *Bieber* geht an vielen Stellen auf den Bremer Ausschuss ein.

<sup>27</sup> „Die Bremer Sache wird erst endgültig entschieden, wenn Schumacher dort war. Er reist in nächster Woche hin.“ (Brief vom 18.2.1919)

Hintergrund (Brief vom 24.6.1919) und scheint bald darauf ganz aus *Euckens* Blickfeld geraten zu sein. Sie wird danach nur noch einmal kurz berührt (Brief vom 11.8.1919).

Nachdem sich die politischen Wogen etwas geglättet hatten, begann auch *Eucken* im Lager seiner politischen Gegner zu differenzieren. Marxisten lehnte er weiterhin ab, befand jedoch, dass man ruhig Sozialist sein könne (Brief an die Mutter vom 27.3.1922). Mit dem „Mehrheitssozialisten“ *Paul Hermberg* (Brief an die Mutter vom 1.4.1919) war *Eucken* zu Beginn der 1920er Jahre befreundet (Brief vom 31.3.1922). Im Studienjahr 1922/23 lehrte *Eucken* an der vor allem von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften getragenen *Akademie der Arbeit* in der Universität Frankfurt am Main Volkswirtschaftslehre. Unter seinen Kollegen waren die Ökonomen *Ernst Pape*, *Arthur Feiler*, *Wilhelm Gerloff*, *Emil Lederer*, *Fritz Naphtali*, *Franz Oppenheimer* und *Erich Preiser* sowie die Juristen *Ernst Fränkel*, *Ernst Levi*, *Eugen Rosenstock* und *Hugo Sinzheimer*. (Antrick 1966, S. 79-81) *Euckens* politischer Enthusiasmus versiegte schon Anfang der 1920er Jahre; die Suche nach Mitteln zur geistigen Erneuerung verdrängte das permanente Nachdenken über politische Umwälzungen. Die chauvinistischen Töne verschwanden zunehmend, philosophisch-weltanschauliche Überlegungen nahmen deren Platz ein. *Eucken* ging es nun nicht mehr um eine Änderung des politischen Systems durch Parteien oder paramilitärische Kampfverbände.

### **III. Walter Eucken in den weltanschaulichen, politischen und wirtschaftspolitischen Debatten der Weimarer Republik (1922-1931)**

#### **1. Walter Eucken und der Euckenbund**

Mit dem *Euckenbund*<sup>28</sup> und auf der Grundlage der Ideen seines Vaters sollte eine „Gesamtumwälzung“ angestrebt werden. Diese „höchst revolutionäre Aufgabe“ sei kein nationales Anliegen, der Bund kein nationaler Verein (Brief an die Mutter vom 20.6.1926). Der im Herbst 1919 unter aktiver Beteiligung von *Walter Eucken* gegründete Bund war eine der vielen weltanschaulich ausgerichteten Vereinigungen, in denen und mit denen das deutsche Bildungsbürgertum auf die sich nach dem Ersten Weltkrieg verstärkende kulturelle und politische Orientierungslosigkeit reagierte. Von anderen Gruppierungen aus dem breiten Spektrum weltanschaulicher Vereine unterschied sich der *Euckenbund* durch seinen geistigen Bezug auf den deutschen Idealismus. Das war zwar kaum noch der Idealismus der klassischen Epoche, sondern ein vor allem von *Rudolf Eucken* hergestelltes Konstrukt aus abgeschliffenen

---

<sup>28</sup> Zum *Euckenbund* und zur Rolle *Walter Euckens* in ihm vgl. *Dathe/Goldschmidt* (2003, S. 57-63).

Versatzstücken von *Luther, Kant, Hegel, Fichte* und *Goethe*; es war aber doch ein Idealismus des geistigen Lebens und keine irrationalistische Lebensphilosophie.<sup>29</sup> In *Rudolf Euckens* Ideengemeinschaft glaubten seine Anhänger ein Reich idealer Wahrheiten und Normen zu besitzen, auf deren Basis die Erneuerung des Lebens gelingen könnte. *Rudolf Euckens* Wort war das Gesetz des Bundes. Die stärkste Anziehungskraft übte der *Euckenbund* in den frühen 1920er Jahren aus. Auf dem Gipfelpunkt der Inflation erreichte er seinen höchsten Mitgliederstand (1922/23 ca. 2500 Mitglieder).

Der *Euckenbund* und seine Zeitschrift (1920 bis 1924 *Der Euckenbund. Nachrichtenblatt für die Mitglieder des Euckenbundes*, Januar bis März 1925 *Der Euckenbund. Organ für ethischen Aktivismus*, ab April 1925 *Die Tatwelt. Zeitschrift für Erneuerung des Geisteslebens*) gerieten 1924/25 in eine ernste Krise. In jenen Jahren begannen sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren, und so fanden immer mehr Mitglieder weltanschaulicher Vereinigungen, die in krisenhaften Zeiten im Werk von Weltanschauungsautoren innere Orientierung suchten, Halt in der äußeren Realität. Bünde, die inneren Halt und weltanschauliche Sinngebung versprachen, gerieten zeitweilig aus der Mode. Der *Euckenbund* verlor Mitglieder, die Zeitschrift Leser. Für die Krise des Bundes machte *Walter Eucken* nicht nur die politische und wirtschaftliche Stabilisierung verantwortlich, sondern vor allem die Bundesleitung. Die Zeitschrift sei zu einseitig, als bloßes Nachrichtenblatt für die Mitglieder erreiche sie weder die geistigen noch die wirtschaftlichen Eliten. Und der Bund habe eine falsche Richtung eingeschlagen. „Er hat ja eine völlig ethische Richtung. Ich habe das immer und immer bekämpft, ohne bei Euch Verständnis zu finden. Was ist die Folge? Einige Leute setzen sich zusammen, die sich gegenseitig erzählen, man solle anständig sein. Wer das tut, ist meist nicht anständig, denn von solchen Dingen spricht man nicht. [...] Solange der Bund nicht eine metaphysisch-religiöse Bewegung wird, wird nichts daraus, schadet nur der Verbreitung von Vaters Ideen.“ (Brief an die Mutter vom 27.1.1925, ThULB, Nachlass *Eucken* VI, 1) Den individualethischen Weg zur Lösung der Krise lehnte er scharf ab – sich gegenseitig der eigenen Anständigkeit zu versichern und ab und zu, wie in den Ortsgruppen des *Euckenbundes* praktiziert, vor Buchhandlungen und Kinos gegen die Massenkultur zu protestieren, zeige, dass es den Protagonisten am Einblick in grundlegende Zusammenhänge fehlt. Demgegenüber forderte *Walter Eucken* eine metaphysisch-religiöse Besinnung als

---

<sup>29</sup> Rudolf Eucken durchlief eine Entwicklung, die ihm innerhalb der deutschen Philosophie des 19. und 20. Jahrhunderts eine einzigartige Stellung zuweist. Er begann seine Laufbahn als streng wissenschaftlicher Philosoph, wurde aber nach der Jahrhundertwende mehr und mehr zu einem populären Weltanschauungsautor. Vgl. *Dathe* (2007).

Bedingung geistigen Eingreifens in die Gesellschaft. Er wollte mit dem Bund geistig wirken, die Fühlungnahme zu rein politischen Verbänden und Zeitschriften lehnte er strikt ab, da „wir natürlich nicht ins politische Fahrwasser kommen dürfen“.<sup>30</sup>

Um den Einfluss des *Euckenbundes* zu heben, übernahmen *Walter Eucken* und seine Frau *Edith Eucken* ab 1925 die inhaltliche Verantwortung für die *Tatwelt* und nahmen Einfluss auf die Gestaltung der alljährlich stattfindenden Jahreshauptversammlung. *Walter Eucken* konnte nicht nur wichtige Autoren gewinnen<sup>31</sup>, sondern publizierte ab 1925 selbst regelmäßig in der *Tatwelt*. Unter der redaktionellen Leitung des Ehepaares *Eucken* hatte die Zeitschrift von 1925 bis 1934 drei Schwerpunkte: Erläuterungen zur Philosophie *Rudolf Euckens* – Auseinandersetzung mit konkurrierenden Angeboten auf dem bunten Markt der Weltanschauungen – Überblick über wichtige Tendenzen auf dem Gebiet der geistigen Erneuerung des Lebens.

Wie stark sich *Walter Eucken* aus dem geistigen Klima des von ihm mitbegründeten Bundes befreite, wird deutlich, wenn wir vor einer Analyse seiner Beiträge für die *Tatwelt* einen Blick auf die Einstellung des Bundes zu Fragen der Wirtschaftsordnung zu Beginn der 1920er Jahre werfen. Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung gehörten auch bis 1925 zu den ständigen Themen des *Euckenbundes*. Außer *Rudolf Eucken*, der auch auf diesem Gebiet die Leitlinien formulierte, und in seinen Beiträgen für eine moralisch fundierte Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern eintrat, Berufstände als Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft forderte und für einen Interventionsstaat plädierte, zu dessen Aufgaben es u. a. gehöre, Unternehmen auf die „Hebung des gemeinsamen geistigen Wohles der Menschen“ zu verpflichten (*R. Eucken* 1925, S. 386), meldeten sich auf Tagungen, in Broschüren und in der Zeitschrift neben Postsekretären und pensionierten Offizieren auch ausgebildete Ökonomen (*Irmgard Feig*), Versicherungsdirektoren (*Diedrich Bischoff*), Wirtschaftsjournalisten (*Felix Kuh*), Juristen und Pfarrer zu Wort. Alle diese Autoren kritisierten den Wettbewerb als Ordnungsprinzip, sahen in ihm nur ein Prinzip, das die Gemeinschaft zerstöre; sie traten gegen den Eigennutz auf und für gemeinnütziges Wirtschaften ein, forderten eine gemeinsame geistige Orientierung von Unternehmern und Arbeitern. Wenn sie allgemein über Wirtschaft sprachen, betonten sie, dass diese den Geist

---

<sup>30</sup> *Walter Eucken* an das Sekretariat des *Euckenbundes*, Januar 1925 (ThULB, Nachlass *Eucken* VI, 1).

<sup>31</sup> Unter der redaktionellen Leitung von *Edith Eucken* (1925-1934) publizierten in der *Tatwelt* u.a.: *Ludwig Aschoff, Bruno Bauch, Erich Becher, Isaak Benrubi, Nikolai Berdjajew, Fritz Freiherr Marschall von Bieberstein, Franz Böhm, Hermann Buddensieg, Carsun Chang, Julius Ebbinghaus, Carl August Emge, Eugen Fink, Semen Frank, Dietrich Gerhard, Hans Gestrinch, Hermann Glockner, Edmund Husserl, Karl Joël, Edgar Jung, Richard Kroner, Hans Leisegang, Arthur Liebert, Hans Liermann, Friedrich Lutz, Otto Most, Francesco Orestano, Hans Pöhlmann, Gerhard Ritter, Oscar A. H. Schmitz, Theodor Siegfried, Fedor Stepun, Georg Stieler, Georg Wehrung, Erik Wolf, Emil Utitz.*

gefährde und das Leben entleere. Ihnen schwebte ein Wirtschaftssystem vor, in dem Kartelle den Wettbewerb zügeln, wo der Staat mit Interventionen eingreift und alle Konflikte regelt.

## 2. Euckens Auseinandersetzung mit dem Sozialismus

Als dem Nationalökonom des *Euckenbundes* oblag *Walter Eucken* die Auseinandersetzung mit Auffassungen, die ihr weltanschauliches Orientierungsangebot mit Vorschlägen zur Lösung der sozialen Frage verbunden haben. Diese Verbindung trat besonders klar in den verschiedenen Strömungen des „modernen Sozialismus“ zutage. Für *Eucken* war der Sozialismus nicht nur ein in der Arbeiterschaft und großen Teilen der gebildeten Jugend verbreitetes weltanschauliches Orientierungsangebot, sondern auch eine Bewegung, die, weil sie die Gleichheitsidee in allen Fragen der Wirtschaft, des Rechts, der Bildung und der Politik ins Zentrum rückte, die „Gesamtströmung der Zeit“ für sich hat (*Eucken* 1927b, S. 128). Und mit der Kritik des Sozialismus soll auch ein Beitrag zur Kritik der Gleichheitsideologie geleistet werden. Im Einzelnen befasste sich *Eucken* mit den religiösen Sozialisten (am Beispiel des Theologen *Theodor Siegfried*) und den Jungsozialisten (am Beispiel des Juristen *Gustav Radbruch*). Trotz ihrer Versuche, den originären, nach *Walter Eucken* strikt rationalistisch-naturalistischen Marxismus, der keine Ethik habe, moralphilosophisch, religiös oder gar mystisch zu ergänzen, blieben sie in ihrer Krisendeutung orthodox marxistisch – sie deuteten die Krise der Gegenwart im Kern als eine wirtschaftlich-soziale Krise und erhofften sich von der Aufhebung der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung auch eine Lösung der geistigen Krise. Den modernen Sozialisten hält *Eucken* entgegen, dass die Krise der Gegenwart im Kern eine geistige Krise sei und nur mit einer radikalen geistigen Neuorientierung gelöst werden könne. Aber auch die entgegengesetzte Position, die vor allem in vielen Weltanschauungsbünden vertreten wurde, ist für *Eucken* nicht haltbar. In fast allen diesen Bünden hoffte man, dass mit einer neuen Weltanschauungskultur der Innerlichkeit der Geist des Kapitalismus, der sich besonders deutlich in solchen Erscheinungen wie dem Streben nach Eigennutz und dem Wettbewerb manifestiere, verschwinde und dass dieses Verschwinden langfristig auch zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise führe. *Eucken* trifft sich mit allen von ihm kritisierten Auffassungen an dem Punkt, dass auch er davon ausgeht, dass der Kapitalismus die geistige Krise mit verursacht habe. Dennoch, so *Eucken*, müsse eine Lösung dieser Krise bei Bestehen und Entwicklung des Kapitalismus gefunden werden. Die kapitalistische Wirtschaftsweise sei notwendig, da ohne sie in der modernen Welt keine ausreichende Güterversorgung möglich

sei. Gegen eine Wiederbelebung vormoderner Wirtschaftsformen, die in vielen Lebensreformbünden der Weimarer Republik gefordert wurde, spräche allein schon die nüchterne Tatsache, dass heute weitaus mehr Menschen versorgt werden müssten als in der Zeit vor der industriellen Revolution.<sup>32</sup> Und gegen die Hoffnung, dass eine Planwirtschaft zu einer weniger entfremdeten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führen könne, bringt *Eucken* Mitte der 1920er Jahre bei aller Kritik an *Ludwig Mises'* extremem methodischen und ethischen Individualismus<sup>33</sup> doch dessen Argumente gegen eine Gemeinwirtschaft ins Spiel. Er schreibt: „In neuester Zeit ist von wissenschaftlicher Seite<sup>34</sup> vor allem noch auf eine weitere, dritte Schwierigkeit in der Durchführung des Marxismus hingewiesen: Im sozialistischen Gemeinwesen gibt es keinen Marktverkehr und keine Preisbildung. Denn jedem Betriebe und jedem Konsumenten soll von der Leitung der Gesellschaft eine bestimmte Menge an Produktionsmitteln und Konsumwaren einfach zugewiesen werden. Wenn es aber keine Preise gibt, besteht auch keine Möglichkeit der Wirtschaftsrechnung, der Kalkulation und der Bilanz. Die Leitung der Sozialistengesellschaft muß also in der Lenkung der Produktion völlig im Dunkel tappen.“ *Euckens* Beiträge zur Kritik zeitgenössischer Strömungen des Sozialismus sind wichtige Schritte auf dem Wege zur Ausbildung liberaler Positionen. In ihnen setzt er sich intensiv mit dem marxistischen Konzept der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zwangsläufigkeit auseinander. Die Kritik an diesem Konzept wird er immer weiter ausbauen, und in den *Grundsätzen der Wirtschaftspolitik* in einem eigenen Kapitel ausführlich darstellen. (*Eucken* 1952/1990, S. 200-212) Eines seiner Hauptargumente gegen das Zwangsläufigkeitsdogma ist ab Mitte der 1920er Jahre der Gedanke, dass die Akzeptanz zwangsläufiger Geschichtsgesetze mit der Opferung der Persönlichkeit verbunden ist. Dort, wo Geschichtsgesetze herrschen, habe das Individuum keine Entfaltungsmöglichkeiten. Die Bedeutung eines geschützten Raumes für die individuelle Persönlichkeit ist für *Eucken* bereits Mitte der 1920er Jahre so wichtig, dass er einem seiner wichtigsten Gewährsmänner bei der Kritik des Sozialismus, dem russischen Schriftsteller *Fjodor Dostojewski*, nur ein Stück weit folgen kann, weil dieser bei allem Scharfsinn in der Kritik der *Marx'schen* Lehre dem Marxismus mit der orthodox-christlichen eine andere Gemeinschaftsideologie entgegensetzt. „Wir müssen allerdings zu *Dostojewski* eine verschiedene Stellung einnehmen, je nachdem wir sein positives Ideal oder seine Kritik der Zeit und des Marxismus betrachten. Sein Ideal können wir bei voller Anerkennung seiner

---

<sup>32</sup> Vgl. dazu vor allem *Eucken* (1926a).

<sup>33</sup> Vgl. dazu *Eucken* (1925a, S. 19): „Aber im Ziel, in der eudämonistischen Ethik, sind sich beide Gegner einig und so kann der aufklärerische Liberalismus in extremer und antiquierter Form, wie ihn *Mises* vertritt, zur philosophischen Kritik des Marxismus wenig beitragen.“

<sup>34</sup> Fußnote *Euckens*: Siehe besonders *Ludwig Mises*: Gemeinwirtschaft, 1924, S. 94 ff.

Bedeutung letzten Endes nicht zu dem unsrigen machen. Das Verschwinden der Persönlichkeit im Ganzen, in der Weise, wie Dostojewski es will, können wir nicht erstreben.“ (*Eucken* 1925a, S. 23) Kritisiert werden von *Eucken* außer der marxistischen Gleichheitsideologie auch naturalistische und völkische Gemeinschaftsutopien.<sup>35</sup>

In der verbreiteten Gemeinschaftssehnsucht seiner Zeit sieht *Eucken* ein Zeichen, sich völlig unpersönlichen Mächten wie dem Volk oder einer naturalistisch fundierten Gemeinschaftsordnung hinzugeben und so als Einzelner im Ganzen aufzugehen. *Eucken*, der trotz seiner Kritik linker und rechter Vorstellungen von Gemeinschaft an der väterlichen Doktrin, dass der Mensch der Gegenwart als vereinzelt Individuum orientierungslos bleibe, festhält, setzt Mitte der 1920er Jahre dem „Idol der Gemeinschaft“ (*Helmuth Plessner*) das Ideal des Bundes entgegen. Anders als die persönlichkeitsfremde Gemeinschaft ist der Bund an die Voraussetzung direkter persönlicher Beziehungen zwischen seinen Mitgliedern geknüpft. Obwohl *Euckens* wirtschaftspolitischer Sachverstand in allen Beiträgen zur Kritik des Sozialismus zu spüren ist, sagt er von sich selbst, dass er den Sozialismus auch als Philosoph und wissenschaftlicher Nationalökonom kritisiere. Damit ist nicht nur die Nähe zur väterlichen Lebensphilosophie angedeutet, sondern auch ein Standpunkt über den im Wirtschaftsleben streitenden Parteien gekennzeichnet und das Objektivitätsideal der Wissenschaft hervorgehoben. Die Kritik am wirtschaftsrevolutionären Programm des Marxismus als „Abwehr aller der Kreise, die im bestehenden Wirtschaftssystem ein lohnendes Auskommen finden“, sei begreiflich. „Grade weil aber eine Kritik der Interessenten nichts weiter als ein selbstverständliches Produkt der wirtschaftlichen Verhältnisse ist, wird der Philosoph es vermeiden, sie allzu hoch einzuschätzen.“ Und geradezu unerträglich findet es *Eucken*, „wenn derartige Interessenten zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Macht das Christentum oder den nationalen Gedanken missbrauchen“. (*Eucken* 1925a, S. 13 f.)

### **3. Frühe Einblicke in wirtschaftliche Machtkämpfe**

Weltanschauungsphilosoph war *Walter Eucken* Mitte der 1920er Jahre nur im Nebenamt. Von 1921 bis 1924 war er als stellvertretender Syndikus der *Fachgruppe Textil* des *Reichsverbandes der Deutschen Industrie* (RDI) angestellt, publizierte zu geldtheoretischen und währungspolitischen Themen und lehrte bis 1925 als Privatdozent an der Berliner Universität. Zu Beginn des Wintersemesters 1925/26 wurde er auf einen

---

<sup>35</sup> Vgl. *Eucken* (1927a, S. 48) und *Eucken* (1927b, S. 130) sowie den Brief an die Mutter vom 31.7.1927.



Lehrstuhl für Nationalökonomie an die Universität Tübingen berufen, wechselte aber schon zwei Jahre später nach Freiburg, wo er bis zu seinem Lebensende lehrte.

Über seine Tätigkeit in der *Fachgruppe Textil* ist kaum etwas bekannt.<sup>36</sup> Eine Bemerkung aus den *Grundlagen der Nationalökonomie* (1940) deutet aber darauf hin, dass die Arbeit in diesem Industrieverband für die Entwicklung von *Euckens* theoretischen, wirtschaftspolitischen und staatstheoretischen Ansichten prägend war. Zwei Dinge, so Eucken, seien erforderlich, um als Nationalökonom „das Phänomen der wirtschaftlichen Macht“ zu erkennen. „Zum ersten muß der Nationalökonom selbst wirtschaftliche Macht kennengelernt haben. Er braucht die Anschauung und das Erleben von Machtkämpfen. [...] Dazu kommt ein zweites Erfordernis: Das ist die Anwendung des Apparats von morphologischen und theoretischen Sätzen auf die konkrete geschichtliche Situation.“ (*Eucken* 1940/1989, S. 197 f.).

Dass *Walter Eucken* als Syndikus tiefe Einblicke in die von wirtschaftlichen Machtgruppen erzeugten Strukturen und die gesellschaftlichen Auswirkungen wirtschaftlicher Machtkämpfe erhielt, bezeugt ein Brief vom 23. Februar 1943 an *Franz Böhm*: „Sie sprachen einmal davon, dass nach Äusserung eines Ihrer Bekannten der Wettbewerb den großen Fehler habe, eine ‚soziale Kälte‘ zu verbreiten. Nachträglich scheint mir, dass ich dieser Ansicht zu viele Konzessionen gemacht habe. – Neulich hat hier ein hervorragender Landwirt, Dr. Franck, gesprochen. Im Anschluss daran fand eine Diskussion statt und aus ihr wurde wiederum klar, wie eng die Beziehungen der Landwirte gewesen sind, solange Wettbewerb herrschte. [...] Die persönlichen Beziehungen sind im Wettbewerb deshalb durch wirtschaftliche Faktoren nicht gestört, weil sich ja die Preisbildung auf einem anonymen Markt vollzieht u. weil eine Preissenkung nicht einem einzelnen zugerechnet wird, sondern dem Markt. Es findet kein Kampf Mann gegen Mann, oder Landgut gegen Landgut oder auch Landgut gegen Händler statt. Ihr Bekannter hat, glaube ich, den vollständigen Wettbewerb verwechselt mit oligopolischen oder monopolistischen Marktformen, wo der wirtschaftliche Kampf, da er persönlich geführt wird, auch zu persönlichen Gegensätzen führt. Noch stärker gilt dies für die Zentralverwaltungswirtschaft. Man darf nicht sagen, dass das nur für das Land richtig ist. Ich erinnere mich z. B. noch sehr genau aus meiner Tätigkeit in der Textilindustrie, dass die persönlichen Beziehungen der Weber untereinander u. mit ihren Abnehmern viel freundschaftlicher, angenehmer und wärmer waren, als die Beziehungen der Spinner untereinander und mit ihren Abnehmern. Damals konnte ich mir diesen Tatbestand nie

---

<sup>36</sup> Das Archiv der RDI-Geschäftsführung ist im Zweiten Weltkrieg vernichtet worden, Arbeiten zur Fachgruppe Textil sind noch nicht erschienen. In der umfangreichsten Monographie zum RDI, *Wolff-Rohé* (2001), wird die Fachgruppe Textil nur gestreift.

erklären. Jetzt sehe ich, worin der Grund lag. In der Weberei herrschte Konkurrenz, in der Spinnerei Oligopol, bzw. Teilmonopol.<sup>37</sup>

Für die Auseinandersetzung mit den Kartellfragen, die die Textilindustrie betrafen, war *Eucken* bestens vorbereitet, hatte er sich doch mit wesentlichen Aspekten der Kartellfrage schon in seiner Dissertation und Habilitation beschäftigt. Während die Habilitationsschrift vor allem empirisches Material ausbreitet, finden wir in der Dissertation (*Eucken* 1914) sowohl Ansätze zu einer systematischen Durchdringung des erhobenen Tatsachenmaterials als auch Überlegungen zum Verhältnis zwischen dem Staat und den Kartellen.<sup>38</sup> Anders als in der Sekundärliteratur oft angedeutet, wurde vor allem die Dissertation von *Eucken* selbst geschätzt. In einem Brief an *Rüstow* vom 2. August 1927<sup>39</sup> bemerkt *Eucken*, dass er bei seinen Arbeiten über die Verbandsbildung in der Seeschifffahrt sowohl viel „ausländisches Material“ verarbeitet als auch „mit einer ganzen Reihe englischer Interessenten Rücksprache genommen“ habe. Sofort sei es ihm „aufgefallen, dass man nirgends der Kartellbildung so kritiklos zustimmend gegenübersteht wie in Deutschland“.

#### 4. Walter Eucken und die wirtschaftspolitischen Debatten 1925-1931

Kartellfragen bestimmten auch den Briefwechsel mit *Alexander Rüstow*. Die *Rüstow-Eucken-Korrespondenz* ist im Nachlass *Rüstow* überliefert und setzt mit einem Schreiben Euckens vom Dezember 1924 ein.<sup>40</sup> Ausgewertet wurde dieser Briefwechsel bislang von *Krohn* (1981), *Lenel* (1991), *Meier-Rust* (1993), *Janssen* (1998), *Janssen* (2009), wobei diese Autoren nur die Briefe ab 1928 berücksichtigen. Unzählige Briefe *Rüstows* an *Eucken* und einige Durchschläge der Gegenbriefe *Euckens* befinden sich auch im Walter-Eucken-Nachlass in Frankfurt am Main und Freiburg. Für *Eucken* waren die meisten Briefe *Rüstows* unmittelbare Arbeitsmaterialien – das zeigt deren Verteilung in seinem Nachlass. Einige Briefe hat *Eucken* in Korrespondenzmappen einsortiert; sie befinden sich heute im Korrespondenzschrank in Frankfurt. Eine Grobsichtung des Nachlasses im Mai und Dezember 2006 ergab jedoch, dass *Eucken* die weitaus meisten Briefe *Rüstows* ebenso wie die von *Hans Gestrich* in seinen Arbeitsmappen abgelegt hat, sie wurden also von *Eucken* selbst thematisch sortiert.

---

<sup>37</sup> *Walter Eucken* an *Franz Böhm*, 23.2.1943 (Durchschlag), Walter-Eucken-Archiv Frankfurt/M.

<sup>38</sup> Zu *Euckens* Dissertation vgl. *Broyer* (2006, S. 110-113), zur Kartelldiskussion in der deutschen Nationalökonomie vor 1914 vgl. *Pohl* (2005).

<sup>39</sup> BArch N 1169/17, Bl. 281-282.

<sup>40</sup> Einzelne Briefe *Rüstows* an *Eucken* aus der Zeit vor Ende 1924 liegen im Nachlass *Walter Euckens* (Teilnachlass in Freiburg).

*Rüstow* und *Eucken* hatten sich im Ersten Weltkrieg kennengelernt – vgl. *Euckens* Erinnerung an das erste Treffen auf einer Postkarte an *Rüstow* vom 23. Januar 1932<sup>41</sup> – und sich nach Kriegsende in Berlin wiedergetroffen. Dass der kontinuierliche Briefwechsel erst 1924 einsetzt, mag darin begründet sein, dass sich *Eucken* und *Rüstow* bis dahin regelmäßig trafen. Auf solche Treffen deuten mehrere Briefstellen beider Autoren hin, in denen Erinnerungen an fruchtbare Gespräche ausgetauscht werden. Die Fragen der Beziehung *Eucken-Rüstow*, die in der Literatur bereits behandelt wurden, blenden wir aus. Das betrifft vor allem die Bildung einer theoretischen Gruppe im *Verein für Socialpolitik* und die damit zusammenhängenden Diskussionen unter den deutschen Ricardianern<sup>42</sup>. Auffallend ist bei dem Briefwechsel, dass er sehr sachlich-kollegial ist, aber längst nicht die emotional-freundschaftliche Note aufweist, die *Rüstows* Korrespondenzen mit *Adolf Löwe*, *Eduard Heimann*, *Arnold Wolfers*, *Gerhard Colm* auszeichnet.

In zahlreichen Briefen informierte *Rüstow*, der 1924 vom Reichswirtschaftsministerium als Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung zum *Verein Deutscher Maschinen-Bauanstalten* (VDMA) gewechselt war, den Briefpartner darüber, wie stark die im VDMA zusammengeschlossenen Unternehmen unter der Macht von Kartellen der eisenverarbeitenden und rohstoff erzeugenden Industrie litten. *Rüstow* versorgte *Eucken* mit statistischem Material, mit authentischen Eindrücken von den schwierigen Verhandlungen zwischen Unternehmen des Maschinenbaus und der Montanindustrie sowie mit Nachrichten über den politischen und publizistischen Einfluss der Schwerindustrie. Von besonderer Bedeutung sind hier *Rüstows* Briefwechsel 1926/27 mit *Paul Legers* vom *Gesamtverband der Deutschen Werkzeugindustrie*<sup>43</sup> und *Arthur Feiler*, Wirtschaftsredakteur der *Frankfurter Zeitung* und exzellenter Kenner der Industrieverbände<sup>44</sup>. Beide Briefpartner *Rüstows* legten ihren Briefen gelegentlich auch Briefe bei, die sie untereinander gewechselt hatten. *Legers* unterrichtete *Rüstow* und *Feiler* ausführlich über Machtbildungen in der Eisenindustrie und deren Einfluss auf Politik und Presse. In *Legers*' Briefen ist wiederholt die Rede von der Machtpolitik der Schwerindustrie, die „die freie Entwicklung geistiger und wirtschaftlich bedeutsamster Kräfte hemmt“.<sup>45</sup> *Feiler*, *Legers* und *Rüstow* tauschten sich über den Einfluss auf die Presse, die Abhängigkeitsverhältnisse der kaufmännischen und technischen

---

<sup>41</sup> BArch N 1169/2, Bl. 86.

<sup>42</sup> Vgl. dazu vor allem *Janssen* (1998, S. 20-38).

<sup>43</sup> BArch N 1169/18, Bl. 13-84.

<sup>44</sup> BArch N 1169/17, Bl. 375-399, vgl. auch die Korrespondenz zwischen *Rüstow* und *Feiler* 1928/29, BArch N 1169/20, Bl. 369-439.

<sup>45</sup> Besonders aufschlussreich ist der Brief von *Legers* an *Feiler* vom 9.4.1927, der als Kopie auch an *Rüstow* ging und dem das Zitat entnommen ist (BArch N 1169/17, Bl. 378-381).

Oberbeamten und den Einfluss auf die Personalpolitik der Hochschulen aus. *Rüstows* Kenntnisse aus diesen Briefen flossen in seine Schreiben an *Eucken* ein.

Neben dem Kartellproblem spielten zollpolitische Fragen und der Zusammenhang zwischen Zollpolitik und Kartellbildung, Fragen der Geldtheorie und Geldpolitik<sup>46</sup> sowie die Politik des Präsidenten der Reichsbank, *Hjalmar Schacht*, eine besondere Rolle im Briefwechsel zwischen *Eucken* und *Rüstow*. Da *Euckens* Weg zu liberalen Positionen in bezug auf die Zollpolitik besonders klar nachgezeichnet werden kann, konzentrieren wir uns hier darauf.<sup>47</sup> Nicht nur in Briefen, sondern auch in zahlreichen publizistischen Beiträgen traten *Eucken* und *Rüstow* ab 1925 für einen umfassenden Freihandel und gegen alle Arten von Schutzzöllen auf. Ihr Interesse für die Zollpolitik hatte eine deutlich erkennbare Ursache. Nachdem in Deutschland Anfang des Jahres 1925 wieder die Voraussetzungen für eine selbständige Handelspolitik hergestellt waren, begannen die Vorbereitungen für ein neues Zolltarifgesetz. Vor allem die Großlandwirtschaft und die Schwerindustrie und deren politische Vertreter – in erster Linie Politiker der DNVP – traten für einen umfassenden Protektionismus ein.<sup>48</sup> Die Schutzzollfrage war *Eucken* und *Rüstow* so wichtig, dass sie Mitte der 1920er Jahre die politischen Kräfte vor allem auf der Grundlage von deren Einstellung zum Schutzzoll beurteilten. In den Briefen wird immer wieder über die große Koalition der Schutzzöllner geklagt. Die DNVP sei klar für Zölle (*Rüstow* an *Eucken* 9.7.1925)<sup>49</sup>, habe die DVP erpresst. Die DDP biete in der Zollfrage „wieder das gewohnte klägliche Bild“. Eine der Ursachen sieht *Rüstow* darin, „dass sie sich immer noch als Partei der freisinnigen Intellektuellen fühlt und von da aus nicht recht wagt, in reinen Wirtschaftsfragen entschieden Partei zu machen“. (*Rüstow* an *Eucken* 1.7.1925) Und *Eucken* fasst die Haltung der „Linksparteien in der Schutzzollfrage“ zusammen. Diese schädigten durch ihre Schutzzollpolitik „die vitalsten Interessen der Arbeiter“. Und in der Tendenz führe das dazu,

---

<sup>46</sup> Vgl. dazu *Folz* (1970).

<sup>47</sup> Nur am Rande können wir *Euckens* Einstellung zu *Schacht* berühren. Teilte er anfangs dessen auf die Währungsstabilität abzielende Politik, so entwickelte er sich nach 1927 zu einem der schärfsten Kritiker *Schachts*. Gegen die weitverbreitete Hochschätzung des Reichsbankpräsidenten von der SPD bis zur DNVP wegen dessen Plan, eine Transferkrise heraufzubeschwören und somit als eine Art nicht legitimer Außenpolitiker die gesamte Außenwirtschaftspolitik des Reichs zu beeinflussen, warnten *Eucken*, *Rüstow* und *Röpke* im Interesse der exportorientierten Industrien vor einer Währungs- und Reparationspolitik, die zur Verschärfung der Konflikte mit den Westmächten führen musste. In den Auseinandersetzungen zwischen *Schacht* und Reichsfinanzminister *Rudolf Hilferding* (SPD) über die Transferzahlungen ergriff *Eucken* Partei für den Sozialdemokraten! (Vgl. *Eucken* an *Rüstow* 2.8.1928. BArch N 1169/2, Bl. 324-325) Zur Reparationspolitik *Schachts* vgl. *Houwink ten Cate* (1987); zur Kritik liberaler Ökonomen am „rigorosen währungspolitischen Nationalismus“ *Schachts* vgl. *Schüller* (2003, S. 28-30, Zitat S. 30), zum Kontext der Reparationsfrage vgl. *Ritschl* (2002).

<sup>48</sup> Zur deutschen Zoll- und Handelspolitik 1924-1929 vgl. *Stegmann* (1977); zur Schutzzollpolitik der Agrarverbände und der DNVP vgl. *Merkenich* (1998, S. 195-217).

<sup>49</sup> Da der Briefwechsel der Jahre 1925-1927, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zum Konvolut BArch N 1169/17 gehört, zitieren wir die einzelnen Briefe hier nur mit der Angabe des Datums.

„dass Gewerkschaften und Rechtssozialisten sich für den Schutz der nationalen Arbeit einsetzen“. (*Eucken an Rüstow* 29.6.1925) Seine Analysen wirtschaftspolitischer Aussagen lassen *Eucken* erkennen, dass auch im linken politischen Lager unter dem rhetorischen Mantel des Internationalismus ein handfester wirtschaftlicher Nationalismus verborgen ist. Von *Rüstow* aufgefordert, bezieht *Eucken* in Zeitungsartikeln Stellung zur Schutzzollfrage. Er bietet sein Plädoyer für den Freihandel der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* an<sup>50</sup>, in der er 1923 (*Eucken* 1923) und 1924 (*Eucken* 1924) zur Währungspolitik publiziert hatte, muss *Rüstow* aber mitteilen, dass es schwierig sei, den Artikel dort unterzubringen (*Eucken an Rüstow* 15.7.1925 und 3.8.1925<sup>51</sup>). Für *Eucken* wiederholt sich hier eine Erfahrung mit der Rechtspresse. Schon im Februar 1925 war er mit einem „handelspolitischen Aufsatz“ an die DAZ herantreten (*Eucken an Rüstow* 23.2.1925), stieß bei der Redaktion aber auf Unverständnis und musste *Rüstow* schließlich mitteilen: „Die D.A.Z. hat ihn bezeichnenderweise abgelehnt.“ (*Eucken an Rüstow* 7.4.1925) *Rüstow* kommentierte *Euckens* Schwierigkeiten, Abnehmer für seine Zeitungsartikel zu finden, lapidar: „Nun sind Sie ja in der etwas komischen Lage, dass die Zeitungen, für die Sie schreiben wollen, Ihre Sachen nicht nehmen und dass Sie für die Zeitungen, die Ihre Sachen nehmen, nicht schreiben wollen.“ (*Rüstow an Eucken* 9.7.1925) Einer der einflussreichsten außenpolitischen Kommentatoren der Weimarer Republik, *Paul Rohrbach*, gab *Eucken* in seiner Zeitschrift „*Der Deutsche Gedanke*“<sup>52</sup> ein Forum für dessen handelspolitische Vorstellungen (*Eucken* 1925b). *Eucken* erinnerte an die Stuttgarter Resolution des *Vereins für Socialpolitik* von 1924, in der festgestellt worden war, dass Deutschland sich die Vorteile des weltwirtschaftlichen Güteraustausches zu eigen machen sollte und trat denen entgegen, die „sich nun einmal – schon aus alter Gewohnheit – auf die Politik des ‚Schutzes der nationalen Arbeit‘ festgelegt haben“. (S. 459) Deutschland, so *Eucken*, müsse in ferner Zukunft eine aktive Handelsbilanz haben. „Aber die Aktivierung der Handelsbilanz wird niemals mittels Einfuhrdrosselung durch Schutzzölle erreicht werden.“ (S. 460) Der nationalen Phrase begegnet *Eucken* mit

---

<sup>50</sup> Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* gehörte *Hugo Stinnes*. Im Unterschied zu der ab 1922 ebenfalls zum *Stinnes*-Konzern gehörenden *Täglichen Rundschau*, einem innenpolitisch bewusst stark rechten Blatt mit antisemitischer und völkischer Ausrichtung, war sie gemäßigt konservativ, vertrat großindustrielle Positionen (auch in der Kartell- und Zollfrage) und lehnte den betonten Antisemitismus der *Rundschau* ab. Zu beiden Zeitungen vgl. *Feldman* (1998, S. 774-776), ausführlich zur DAZ *Koszyk* (1972, S. 135-159).

<sup>51</sup> Der Brief vom 3.8.1925 gehört zu BArch N 1169/16, Bl. 147-148.

<sup>52</sup> Die 1924 von *Rohrbach* gegründete Zeitschrift trug den Untertitel *Zeitschrift für auswärtige Politik, Wirtschaft und Auslandsdeutschum*. Im Jahrgang 1925 veröffentlichten außer *Eucken* dort u.a. *Wilhelm Röpke*, *Bernhard Harms*, *Ignaz Jastrow* und *Hans Delbrück*. Der Historiker *Friedrich Meinecke* ließ seine im *Demokratischen Studentenbund zu Berlin* gehaltene Rede „Republik, Bürgertum, Jugend“ dort erscheinen. Bei aller Kritik an einzelnen Erscheinungen des politischen Lebens der Gegenwart ging es den Beiträgern des Jahres 1925 um eine rationale Analyse institutioneller Bedingungen der Republik.

rationalen Argumenten.<sup>53</sup> Von der stärkeren wirtschaftlichen Einbindung Deutschlands in die Weltwirtschaft und der zunehmend engeren Verflechtung mit ausländischen Partnern verspricht er sich einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der binnenwirtschaftlichen Probleme. Die extrem antiliberalen und nationalistischen, in der Schutzzollfrage offen zutage tretende wirtschaftspolitische Einstellung der DNVP und der dieser Partei ideologisch verbundenen Presse führte bei *Eucken* nach der organisatorischen nun auch zur ideellen Trennung von den Deutschnationalen. *Eucken* ist über den rechten Antiliberalismus so verbittert, dass er *Rüstow* gegenüber bekennt, für seine Ansichten nun sogar, wenn auch anonym, in der „Linkspresse“ werben zu wollen. (*Eucken an Rüstow* 15.7.1925)

Die Suche nach einer neuen politischen Heimat führte ihn ins liberale Lager. Für die Deutsche Volkspartei warb er erstmals 1926 in der Besprechung einer politischen Rede für die *Tatwelt*.<sup>54</sup> *Otto Most*, ehemaliger Oberbürgermeister von Duisburg, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel, Reichstagsabgeordneter der DVP und Repräsentant ihres gemäßigten Flügels, hatte 1925 zusammen mit *Wilhelm Kahl* und *Gustav Stresemann* den Versuch unternommen, die leitenden Ideen des politischen Liberalismus zusammenzufassen, den Liberalismus gegen Angriffe von allen Seiten zu verteidigen und die Stellung der Partei innerhalb des bürgerlichen Lagers zu bestimmen. *Most* hatte in seinem Beitrag<sup>55</sup> scharfe Grenzen zur Wirtschaftspartei, die einem persönlichkeitszerstörenden wirtschaftlichen Individualismus fröne, zur SPD, zur DDP, zum Zentrum und zu den Konservativen gezogen, die in je unterschiedlicher Art und Weise die freie Persönlichkeit in Gemeinschaften aufgehen ließen. Durch lange ideengeschichtliche und ideologische Exkurse versuchte *Most*, eine erstrebenswerte politische Ordnung zu skizzieren, in der große, weltanschaulich gefestigte Parteien um die Gunst der Wähler ringen. Im Falle eines Wahlsieges wären sie aufgrund ihrer Größe fähig, ohne Koalitionspartner zu regieren und politische Entscheidungen ohne aufreibende Debatten zu fällen. Den Kern von *Euckens*

---

<sup>53</sup> *Euckens* rationale Einstellung zu brisanten außenpolitischen Fragen, und hier besonders zur Frage der deutsch-französischen Beziehungen, wird aus einer Randbemerkung schlaglichtartig deutlich: Er hatte einen Artikel des Philosophen *Isaak Benrubi* über die deutsch-französischen Geistesbeziehungen der Gegenwart zu bewerten. Den bei *Benrubi* durchschimmernden „Pazifismus“ lehnte er ab, plädierte aber dennoch für den Abdruck in der *Tatwelt*, weil in dem Beitrag sehr ausgewogen über die Leistungen der französischen Philosophie informiert werde. (Brief an die Mutter vom 17.8.1925, ThULB, Nachlass *Eucken* VI, 1). Diese Äußerung passt zu *Euckens* Wortmeldungen über die deutsche Außenwirtschaftspolitik Mitte der 1920er Jahre. Auch hier sprach er sich vehement gegen den Internationalismus der Pazifisten aus, forderte aber gleichzeitig rein sachliche politische und wirtschaftliche Beziehungen zu den Westmächten. Einem Revanchismus, wie er von den Gegnern *Stresemanns* vertreten wurde, redete *Eucken* nicht das Wort. (Vgl. Briefe an *Rüstow* vom 23.2.1925, 20.5.1925, 13.6.1925, 18.9.1927 – BArch N 1169/17 – und vom 10.1.1928 – BArch N 1169/2)

<sup>54</sup> Diese Besprechung ist schon deshalb bemerkenswert, weil in der *Tatwelt* sonst keine Beiträge von Politikern besprochen wurden.

<sup>55</sup> *Most* (1925). Zu dieser Rede vgl. auch die erhellende Analyse von *Ludwig Richter* (*Richter* 2002, S. 392-394) sowie die Dokumente in *Kolb/Richter* (1999, S. 580-593).

Rezension bildet ein Zitat, mit dem er für die Leser der *Tatwelt* die Frage beantworten will, „was der Liberalismus heute noch zu leisten vermag“. *Most* zitierend führt er aus: „Damals, in vergangenen Jahrzehnten galt es einzutreten für die Freiheit der Persönlichkeit gegenüber den Vorrechten einzelner Stände und gegenüber dem Absolutismus, damals galt es einzutreten für die Einigung des Deutschen Reiches, des ganzen deutschen Volkes. *Heute* gilt es im Grunde wieder das gleiche; nur die gegnerische Front ist eine andere. Es gilt, die Freiheit der Persönlichkeit zu erkämpfen und zu vertreten gegen die Diktatur der Masse; zu ringen wie einst, um die Neuschaffung des Deutschen Reichs. Heute gilt es wie damals: Rettung der Nation durch Rettung der Persönlichkeit.“<sup>56</sup> *Eucken* bekennt seine politische Nähe zu *Mosts* Konzeption und fordert eben nicht wie die zahlreichen Ideologen der nationalen Gemeinschaft die Rettung der Persönlichkeit durch die Nation! Indem sich der Nationalökonom in der Beurteilung des politischen Lebens und hier besonders in der Partei- und Regierungsauffassung *Most* anschließt, reiht er sich in den Chor liberaler Stimmen ein, der die „Ersetzung der Persönlichkeit durch die Organisation“ (*Gustav Stresemann*), den Wandel von weltanschaulich gefestigten Gesinnungsparteien zu reinen Interessenvertretungen und das Vordringen parteigebundener egoistischer Gruppeninteressen beklagt.<sup>57</sup> Die Entscheidung, *Most* zu rezensieren, war kein Zufall. Der versierte und politisch äußerst einflussreiche Wirtschaftspolitiker war seit seiner Jugend ein Anhänger der Philosophie *Rudolf Euckens*, trat schon 1921 dem *Euckenbund* bei, in dem er neben *Walter Eucken* für liberale Wirtschaftsvorstellungen kämpfte und für den er Mitte / Ende der 1920er Jahre „Wirtschaftsführer zur Förderung der Bundesbestrebungen zu gewinnen“ suchte<sup>58</sup>. *Most* war mit den Familien *Eucken* sen. und jun. befreundet<sup>59</sup>. Aufgrund seiner festen Verwurzelung im politischen und wirtschaftlichen Leben kommt *Most* Ende der 1920er Jahre zu der Feststellung, dass selbst in bürgerlichen und politisch rechts stehenden Kreisen eine starke Opposition gegen den „Wirtschaftsgedanken“, d. h. eine marktwirtschaftliche Ordnung, zu finden sei. Die Hauptursache sieht er in der Zerstörung des Persönlichkeitsideals und in der immer stärkeren Einbindung der Individuen in Verbänden, der Vermassung des Gegenwartsmenschen. Diese Vermassung, zuerst in Verbänden, dann in der in Italien schon zu beobachtenden „Eingliederung des Einzelnen in die Organisation des Faschismus“, sei sowohl auf Seiten der Unternehmer und Selbständigen als auch auf Seiten der Arbeiter zur

---

<sup>56</sup> *Eucken* (1926b), d. i. wörtliche Übernahme von *Most* (1925, S. 20).

<sup>57</sup> Vgl. *Grüner* (2002, S. 226-234) mit zahlreichen historischen Belegen und Hinweisen auf die weitere Forschungsliteratur.

<sup>58</sup> *Most* (1969, S. 81).

<sup>59</sup> Vgl. *Otto Most* an *Edith Eucken* vom 3.8.1931, ThULB, Nachlass *Eucken* V, 4, 1073. Laut Auskunft vom 5.9.2008 befinden sich im Nachlass von *Otto Most* im Stadtarchiv Duisburg keine Briefe von Angehörigen der Familie *Eucken*.

vorherrschenden Zeittendenz geworden. Der *Euckenbund* müsse aus moralischen und wirtschaftlichen Gründen gegen Vermassungstendenzen und für Persönlichkeitsbildung eintreten.<sup>60</sup> *Mosts* Beziehungen zum *Euckenbund* und zur Familie *Eucken* haben *Walter Euckens* Annäherung an die Politik der *Stresemann-Richtung* innerhalb der DVP befördert. Eine weitere Ursache für diese politische Wendung liegt in *Euckens* Wertschätzung eines der Hauptwerke des Weimarer Vernunftrepublikanismus. Der Historiker *Friedrich Meinecke* äußerte in seinem Buch *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte* (1925) eine scharfe Kritik an der fehlenden Einsicht weiter Kreise der alten und neuen Eliten in das politisch Notwendige angesichts der Angst vor der Wählerschaft; eine Angst, die letzten Endes zur Aufspaltung des Parteienspektrums in viele Klientelparteien führte.<sup>61</sup> *Walter Eucken* verkehrte in Berlin mit dem *Meinecke-Schüler Dietrich Gerhard* und setzte sich mit Nachdruck dafür ein, dass *Gerhard* die *Idee der Staatsräson* in der *Tatwelt* rezensierte (*Gerhard* 1926).

## **5. Euckens politische Ordnungsvorstellungen Ende der 1920er / Anfang der 1930er Jahre**

*Euckens* politische Präferenzen und Ordnungsvorstellungen werden vor allem aus einer Briefstelle deutlich. *Eucken* schreibt *Rüstow* am 2. August 1928 (BArch N 1169/2, Bl. 324-325) über mögliche Alternativen zu *Schacht*, geht dabei auch auf den ehemaligen, der DVP nahe stehenden Reichskanzler *Hans Luther* ein und bemerkt zu diesem: „Luther ist ein sehr ehrgeiziger Mann. Zur Zeit strebt er offenbar die Umgestaltung der Rechten an, was ich natürlich sehr begrüße.“ Für *Krohn* steht das Urteil fest – *Eucken* ordne sich in die Reihe der Republikfeinde ein. (*Krohn* 1981, S. 119) *Luther* war aber gar kein Feind der Weimarer Republik, und er zielte mit seinem Versuch, mit dem *Bund zur Erneuerung des Reiches* eine neue überparteiliche Organisation ins Leben zu rufen, auch gar nicht auf eine Einigung mit den rechtsextremen Kräften, die Weimar bis aufs Blut bekämpften. *Luthers* Ziel bestand zunächst darin, „die Reichsregierung gegenüber den Ländern zu stärken und für die Abschaffung des Verhältniswahlrechts zu werben“. (*Richter* 2002, S. 477) *Luther* strebte unter starker Mitwirkung von Spitzenpolitikern der DDP ein Bündnis an, dass von der rechten Sozialdemokratie bis zum „systemimmanenten Konservatismus“ (*Mergel* 2003, S. 323) in der

---

<sup>60</sup> Vgl. *Most* (1929). Diesem Beitrag lag ein Vortrag zugrunde, den *Most* auf der Haupttagung des *Euckenbundes* am 26.10.1929 in Jena gehalten hatte.

<sup>61</sup> Zu *Meineckes* politischen Urteilen vgl. *Meinecke* (2006), zum erwähnten Buch vor allem S. 77.



DNVP reichte.<sup>62</sup> Der ehemalige Reichskanzler reagierte mit seiner politischen Sammlungsbewegung auf die politische Krise der Republik, die mit heutigen Begriffen als Krise der Konkordanz- oder Verhandlungsdemokratie beschrieben wird.<sup>63</sup> *Luthers* Angriff auf das Verhältniswahlrecht und sein Bestreben, einen mehrheitsfähigen Bürgerblock zu formieren bezweckten keine kompromisslose Abschaffung der Weimarer Republik, sondern deren Reform hin zu einer Präsidialrepublik mit einem Parlament, in dem es zwei große Blöcke geben sollte. *Euckens* Kritik an der Weimarer Republik passt nun genau zu *Luthers* Vorhaben.<sup>64</sup> Auch er steht den Erscheinungen der Proporzdemokratie äußerst kritisch gegenüber. Ihre Verteidiger bezweckten die Befriedigung sich widersprechender sozialer und wirtschaftlicher Interessen, so dass jede konsequente Wirtschaftspolitik unmöglich werde. Da fast alle im Reichstag vertretenen Parteien stark in Verteilungskonflikte involviert waren, krankte das System daran, dass es versuchte, alle Interessen zufrieden zu stellen. Das Weimarer System ermögliche es so, dass die „versäulten“ Gruppen auf diese Weise für ihre jeweiligen Zwecke den Staat ausnutzten und eine klare, auf Mehrheitsentscheidungen basierende Politik verhinderten. Ganz unscheinbar, in den politischen Diskursen schlaglichtartig aber immer wieder hervortretend, lag dem Wunsch nach Allparteienübereinkünften ein „Streben nach klassenübergreifender und vermeintlicher ‚Konsenspolitik‘ im Sinne der Volksgemeinschaft“ (*Raithel* 2005, S. 257) zugrunde. Jeder Schritt hin zu einer mit Konflikten lebenden Mehrheitsdemokratie war unter diesen Umständen ein Schritt zu einem „kompetitiven Grundverständnis“ (*Raithel*, ebd.) von Politik. Die entschiedene Bekämpfung des Gegners im Rahmen des bestehenden Systems und nicht die gewaltsame Systemzerstörung war es, was *Eucken* an *Luther* anzog.<sup>65</sup> Die offen

---

<sup>62</sup> Zum *Bund zur Erneuerung des Reiches* (auch: *Lutherbund*) vgl. *Huber* (1984, S. 672-676), *Biewer* (1980, S. 109-116) und *Schulz* (1987, S. 307-310); zu *Luther* und seinem Bund sehr ausführlich und ausgewogen *Schulz* (1980, S. XXVI-XXIX, XLV-XLVII, L-LI, LXXXIII-LXXXVI).

<sup>63</sup> „Im Gegensatz zur parlamentarischen Wettbewerbsdemokratie nach Westminster-Vorbild ist der Typus der Konkordanzdemokratie durch die Institutionalisierung von Verhandlungs- und Kompromißmechanismen und den weitgehenden Verzicht auf Mehrheitsentscheidungen gekennzeichnet [...] Dieser proporzdemokratische Konfliktaustrag wirkt der Herausbildung eines Wechselspiels von Regierungsmehrheit und Opposition nach britischem Vorbild geradezu entgegen. Er entwickelt sich in politischen Systemen, in denen die rivalisierenden Gruppen konfessionell, ethnisch oder sozial ‚versäult‘ sind, so daß Mehrheitsentscheidungen keine Akzeptanz finden. An die Stelle von Mehrheitsentscheidungen treten hier in der Tendenz paritätische Allparteienübereinkünfte.“ (*Schönberger* 2001, S. 660).

<sup>64</sup> Belege für die Nähe der Auffassungen *Euckens* zu denen *Luthers* sind auch die Einladungen des *Euckenbundes* an den Politiker. Am 21.2.1929 sprach *Luther* im Jenaer *Rudolf-Eucken-Haus* über das „Problem der Reichsnot“ (Gästebuch des *Rudolf-Eucken-Hauses* 1928-1931, ThULB, Nachlass *Eucken* VI, 34). Bericht in: *Jenaische Zeitung* Nr. 45 vom 22.2.1929. *Luther* wurde 1931 auch zur Haupttagung des *Euckenbundes* eingeladen. Nachdem er seine Teilnahme zunächst zugesagt hatte, musste er kurz vor der Tagung aus Termingründen absagen (Briefe von *Hans Luther* an den *Euckenbund*, ThULB, Nachlass *Eucken* VI, 25).

<sup>65</sup> Zur Kritik des Modells der Großen Koalition bzw. des Modells einer die politischen Lagergrenzen sprengenden Mehrparteienregierung, in denen sowohl viele Zeitgenossen als auch viele Weimar-Historiker die Modelle erblickten bzw. erblicken, die die schweren politischen Krisen hätten verhindern können, vgl. *Wirsching*

antirepublikanischen Kreise der DNVP sowie rechtsextreme Kräfte lehnten den Bund ab, da ihnen dessen Forderungen nicht weit genug gingen und „tatsächlich auf eine ganz unerwünschte Konsolidierung des bestehenden Systems hinauslaufen konnten“ (*Zollitsch* 1999, S. 259 f.). Scharfe Angriffe gegen das Verhältniswahlrecht verbunden mit Forderungen nach einem Mehrheitswahlrecht und einer Stärkung des Abgeordneten gegenüber dem Parteiapparat kamen Ende der 1920er Jahre auch aus dem linken Lager. Die Analysen von Publizisten und Juristen aus dem Umfeld der DDP und der SPD deckten dabei dieselben Schwächen im politischen Getriebe der Republik auf, die auch *Luther* und seine Anhänger ansprachen.<sup>66</sup>

*Euckens* Verankerung im gegebenen politischen System zeigt auch seine Analyse der rechtlichen Stellung des Präsidenten der Reichsbank.<sup>67</sup> *Eucken* beschränkt sich hier nicht auf die tagespolitische Kritik der Entscheidungen *Schachts*, sondern untersucht die institutionellen Strukturen, in die die Reichsbank und ihr Präsident eingewoben sind und die sie zu prägen versuchen. Der Präsident der Reichsbank sei, so *Eucken*, in einem rechtlich unbestimmten Zwischenraum angesiedelt. Einerseits könne er die Wirtschaftspolitik des Staates beeinflussen, ohne selbst politisch verantwortlich zu sein. Ihm fehle die Legitimation des Reichskanzlers. Andererseits fehle ihm aber auch die rechtliche Bindung eines Privatbankiers, da er für seine Handlungen nicht hafte. *Eucken* plädiert hier für eine klare Legitimation aller politisch Verantwortlichen und für eine klare rechtliche Verankerung der Institution Reichsbank.

Von immer fester begründeten liberalen Ordnungsvorstellungen aus greift *Eucken* Ende der 1920er Jahre in den politischen Tageskampf ein. Der Kampf gegen die Reparationspolitik des Reichsbankpräsidenten *Schacht*<sup>68</sup>, gegen die Schutzzollpolitik fast aller Fraktionen des Reichstages, das Eintreten für eine liberale Sozialpolitik sind ihm

---

(2004), und hier besonders S. 47, 51, 56-58. Schon *Raithel* (2002, S. 293-296) hatte das Festhalten am Modell der Großen Koalition und die unkritische Wertschätzung durch die Weimar-Geschichtsschreibung kritisiert.

<sup>66</sup> Repräsentativ für die systemimmanente linke Kritik an einem Wahlrecht, das klare politische Strukturen und den politischen Wettbewerb verhindert, sind die Beiträge in *Schauff* (1929).

<sup>67</sup> *Walter Eucken* an *Alexander Rüstow*, 22.8.1928 (BArch N 1169/2, Bl. 318-319). Der Brief ist als Anhang abgedruckt.

<sup>68</sup> Vgl. *Eucken* (1928). Am Beispiel der Auslandsanleihen öffentlicher und privater Körperschaften wiederholt *Eucken* hier ein Argument, mit dem er schon 1925 in die Zolldebatte eingegriffen hatte. Deutschland könne seine binnenwirtschaftlichen Probleme nur lösen, wenn es institutionell abgesicherte vielfältige Außenwirtschaftsbeziehungen unterhalte. Mit deutlichen Worten tritt er dem populären Wirtschaftsnationalismus, den *Schacht* für seine Ziele meisterhaft zu instrumentalisieren wusste, entgegen. Wie gut *Euckens* Ablehnung des Wirtschaftsnationalismus zur Außenpolitik *Gustav Stresemanns* passte, zeigt ein Vergleich von *Euckens* Aufsatz mit der Rede von *Gustav Stresemann* auf der VDMA-Tagung 1926. Vgl. zu dieser Rede die beiden ohne Angabe des Verfassers erschienenen Artikel im *Magazin der Wirtschaft* vom 5.5.1927. Zur ökonomischen Dimension der Außenpolitik *Stresemanns* vgl. *Niedhart* (2002).

besonders wichtige Anliegen. Obwohl er in seinen publizistischen und brieflichen Beiträgen<sup>69</sup> sowie in Vorträgen und Diskussionsbeiträgen<sup>70</sup> äußerst kenntnisreich zu tagespolitischen Problemen und theoretischen Fragen mit politischer Relevanz Stellung nimmt, ist er sich mit *Rüstow* darin einig, nicht nur ad hoc zu reagieren, sondern die Probleme theoretisch zu durchdringen. *Rüstow* fasst ihre Haltung in einem Brief an *Eucken* vom 16. Februar 1928<sup>71</sup> zusammen: „Die Führung des publizistischen Tageskampfes um die jeweils aktuellen konkreten Probleme genügt nicht, sie bedarf als ihres Knochengerüsts und zugleich als ihrer Verbindung mit der Theorie einer immer erneuten eindringlichen Darstellung der jeweils zugrunde liegenden Lehrsätze und für solche Produktion dürfte auch der Abstand von Berlin, in dem Sie sich befinden, gerade der richtige Standort sein.“ *Eucken* stimmt dem am 18. Februar 1928 zu und verspricht, dass er weiter fortfahren wolle, „vom theoretischen Standpunkt aus aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik zu besprechen“. Die intendierte Verschränkung von aktueller Wirtschaftspolitik und Theorie skizziert *Eucken* in einem Brief vom 27. März 1929: „Mein wissenschaftliches Streben ist es, durch die Analyse von Tatbeständen zu einer wirklichkeitsnahen Theorie zu kommen und diese Theorie dauernd wieder auf konkrete Probleme anzuwenden. Die Zeit der raschen Schaffung grosser Systeme ist vorbei. Heute ist es die Aufgabe, zu sicheren Ergebnissen vorzudringen und das kann nicht durch rasche Konstruktionen, sondern nur durch sorgfältige Analyse des Einzelnen erreicht werden. Ein solcher Weg ist mühsam. Aber ich zweifle nicht daran, dass es so gelingt, nicht nur zu sicheren theoretischen Einzelerkenntnissen, sondern auch schliesslich zu einem gesicherten Gesamtsystem vorzudringen. Sie wissen, dass man bei solchen Bestrebungen nach zwei Seiten hin kämpfen muss: Gegen Stoffhuber, Vulgärökonomisten u.s.w auf der einen, gegen die rein konstruktive, freischwebende Theorie auf der anderen. Wenn man Kleines mit Grosseem vergleichen will, so kann man sagen, dass wir endlich die Wendung hervorrufen müssen, die Galilei und Kepler in den Naturwissenschaften vornahmen. Deren Briefwechsel gibt ein anschauliches Bild. Auch sie führten den Kampf nach beiden Seiten.“

---

<sup>69</sup> *Rüstow* hat die meisten Briefe *Euckens* an ihn vervielfältigt und als Rundschreiben an die jungen Theoretiker und ihnen nahestehende Wirtschaftspublizisten und Verbandsfunktionäre versandt. Informiert über *Euckens* Ansichten waren somit auch: *Adolf Löwe*, *Eduard Heimann*, *Arnold Wolfers*, *Gerhard Colm*, *Hans Neisser*, *Carl Lange* (VDMA), *Hans-Joachim Rüstow* und *Arthur Feiler*.

<sup>70</sup> Zu *Euckens* Beiträgen auf den Tagungen des *Vereins für Socialpolitik* vgl. *Boese* (1939, S. 186, 189, 203-207), 236, zu seinen Beiträgen auf der Reparationskonferenz der *Friedrich-List-Gesellschaft* vgl. *Salin* (1929, Teil I, S. 11-15, 60-62, 217-219, Teil II, S. 246-247, 265, 309-310).

<sup>71</sup> Die im folgenden zitierten Briefe *Rüstows* und *Euckens* gehören zum Konvolut BArch N 1169/2. Wir geben als Quellennachweis nur das Datum an.

Theoretisch zu arbeiten, bedeutet für *Eucken* seit Ende der 1920er Jahre, die verschiedenen Fragen des wirtschaftlichen Lebens im Zusammenhang zu sehen. In einem Brief vom 21. Februar 1930 erläutert er *Rüstow* seine Auffassung:

„Ich bin ein entschiedener Anhänger der liberalen Wirtschaftspolitik und werde das in Zukunft weit energischer und häufiger aussprechen als bisher. Aber es ist sinnlos, für den Aussenhandel den Freihandel zu propagieren oder durchzuführen und eine halbsozialistische Sozialpolitik zu führen, wie wir es jetzt tun. Daraus ziehe ich nicht etwa die Folgerung, dass ich momentan nicht für Freihandel eintrete. Im Gegenteil. Ich werde es aufs allerentschiedenste tun – aber ich werde dabei stets immer aufs schärfste betonen, dass die heutige Sozialpolitik ein Wahnsinn ist – nichts weiter. Es ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit, heute eine freihändlerische Politik zu verlangen und zugleich stillschweigend über unsre Sozialpolitik wegzugehen. Nehmen Sie ein Beispiel: die Schuhindustrie. Bata macht billigere Schuhe, die deutsche Schuhindustrie ruft nach Zollerhöhungen. Wir bekämpfen sie. Gut. Warum? Weil wir uns sagen, dass die Schuhindustrie ebenfalls rationalisieren soll, um mit Bata konkurrieren zu können. Schafft sie das nicht, so argumentieren wir weiter – dann sollen die teuren Betriebe ausgeschaltet werden. Wir beziehen billigere Schuhe aus der Tschechei und liefern dahin ein Produkt, in dem wir relativ billig arbeiten: z.B. Kunstseide. Das ist alles richtig und ich vertrete eine solche Politik durchaus. Aber Voraussetzung ist, dass eine Umstellung – hier von Schuhen auf Kunstseideproduktion möglichst reibungslos verläuft. Durch unsere Sozialpolitik wird dieser Umstellungsprozess aber einfach verhindert. Die ‚Beweglichkeit der Arbeit‘ – ich meine diesen Begriff im Sinne der Nationalökonomie – wird in einem Grade heruntergesetzt, dass die Arbeiter durch eine Arbeitslosenversicherung einfach in ihrem alten Berufe festgehalten werden, die Umstellung an entscheidender Stelle verhindert wird. Ich könnte Ihnen darüber manches Geschichtchen erzählen. Aber ich gehe noch weiter: Die ganze heutige Lohnpolitik mit ihren antiliberalen Grundsätzen ist mindestens – gelinde ausgedrückt – eben so unsinnig wie die Zollpolitik. [...] Wie man diese Lohnpolitik, die zusammen mit der Arbeitslosenversicherung das wirksamste Instrument zur Verelendung der Arbeiterschaft ist, theoretisch verteidigen kann, ist mir ein Rätsel. [...] Man kann einfach kein geschulter Theoretiker sein und diesen Skandal verteidigen. Es ist also nur sozialistisch-politischer Dogmatismus, der hier wieder einmal über theoretisches Denken siegt. In Summa: Liberale Handelspolitik – jawohl, aber sinnvoll vertreten im Rahmen allgemein liberaler Wirtschaftspolitik. Man kann nicht innen die Wirtschaft verkrusten und nach aussen Freihandelspolitik treiben.“

Sein Plädoyer für eine liberale Wirtschaftspolitik verbindet Eucken mit einer Kritik an der demokratischen Wirtschaftspolitik, die deutliche Anklänge an seine implizite Kritik der Verhandlungsdemokratie aufweist: „Durchführung des Freihandels erfordert Sinn für systematische Wirtschaftspolitik, aber dieser Sinn für Systematik – in allen Bereichen der Politik – fehlt den Demokratien schlechthin.“ In *Euckens* Augen bedeutet Demokratie immer die gleichzeitige Bedienung einander widersprechender wirtschaftlicher Interessen, und in der Weimarer Realität sah *Eucken* das besonders klar hervortreten. „Demokratische Länder sind immer unsystematische Schutzzöllner, d.h. nicht wie im Zeitalter des Absolutismus wird ein Gedanke systematisch verfolgt, sondern man wirft den Parteigängern oder gefährlichen Gegnern eben Brocken hin.“ Seine Argumente für eine liberale Lohnpolitik wiederholt *Eucken* in den Briefen vom 1. März 1930, vom 28. Mai 1930 und vom 20. Februar 1931. Er betont, dass er theoretisch spreche (28.5.1931), weist Angriffe zurück, dass er nur das „Ressentiment von sozialen Schichten“ ausdrücke, „die nicht mehr die Sicherheit der früheren Lebenslage besitzen“ und führt im Einzelnen aus: „Die durch die Arbeitslosenversicherung gestärkte Gewerkschaftspolitik und die Lohnpolitik des R.A.M.<sup>72</sup> erzeugen eine Lohnhöhe, die nach unbestreitbaren Lehren der Theorie (Substitutionsprinzip) zur Einstellung des gesamten Produktionsapparates auf eine Arbeitermenge führt, die geringer ist, als die tatsächlich vorhandene. (Ich möchte betonen, dass es nicht entscheidend auf die Hemmung der Kapitalbildung ankommt, sondern darauf, dass die Kombination der Produktionsfaktoren in Deutschland beim jetzigen Stand der Löhne zur Ausschliessung von zahlreichen Arbeitern führen muss. Auch stärkere Kapitalbildung ändert daran nichts.) Im allgemeinen wagt man diese Situation nicht anzuerkennen.“

Wie flexibel *Eucken* mit seinen wirtschaftsliberalen Positionen umgehen konnte und unter welchen Bedingungen er bereit war, zum Zwecke der Entschärfung der sich rapide ausweitenden Wirtschaftskrise von ihnen abzurücken, zeigt seine aktive Mitwirkung an der Geheimkonferenz der *Friedrich-List-Gesellschaft* im September 1931 über die Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung. Unter der Voraussetzung, dass zuerst Kartelle, monopolistische Preisbildungen und Lohnstarrheit bekämpft werden, war auch *Eucken* bereit, sich für eine aktive Konjunkturpolitik mit beschäftigungspolitischen Maßnahmen einzusetzen. *Euckens* Haltung passte hier eher zu der von *Wilhelm Lautenbach* als zu der klassischer Liberaler wie *Alfred Neander Lansburgh* und *Erich Welter*. Nachdem sich Ende 1931

---

<sup>72</sup> Abkürzung für Reichsarbeitsministerium.

erwiesen hatte, dass der *Lautenbach-Plan* nicht umsetzbar war, spielten 1932 andere Wissenschaftler die Hauptrollen in den beschäftigungspolitischen Diskussionen.<sup>73</sup>

*Eucken* schließt sich 1932 dem *Bund für freie Wirtschaftspolitik* an (Brief an *Rüstow* vom 25.4.1932), tritt publizistisch gegen die zu Beginn der 1930er Jahre in rechten politischen Kreisen zirkulierenden Autarkiepläne auf (vgl. den Brief an *Rüstow* vom 22.6.1932 sowie *Eucken* 1932c, 1932d) und wendet sich erneut gegen jede Art von Protektionismus (Brief an *Rüstow* vom 11.6.1932). Um seinen liberalen wirtschaftspolitischen Ansichten in studentischen Kreisen, deren wirtschaftspolitische Vorstellungen 1931/32 stark vom Antiliberalismus des *Tat-Kreises* oder gar denen der NSDAP geprägt waren, Gehör zu verschaffen, plant er einen Aufsatz gegen die *Tat*-Ideologie (Brief an *Rüstow* vom 11.2.1932)<sup>74</sup> und setzt sich in seinen Freiburger Vorlesungen offensiv mit der nationalsozialistischen Wirtschaftskonzeption auseinander (Brief an *Rüstow* vom 12.8.1932).<sup>75</sup>

#### **IV. Walter Eucken 1932 – Liberale Konzepte gegen totalitäre Ideologien**

Vor dem geschilderten Hintergrund werden die politischen Dimensionen des Textes verständlich, der als ein Gründungsdokument des Ordoliberalismus gilt, den viele Interpreten aber auch als ein Plädoyer des Ordoliberalismus für einen starken antidemokratischen und politisch antiliberalen Staat lesen. In dem Aufsatz „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus“ (*Eucken* 1932a) muss *Eucken* nicht erläutern, warum er von einer Krisis des Kapitalismus spricht – dass sich die kapitalistische Wirtschaftsordnung in einer schweren Krise befand, konnte jeder Zeitgenosse täglich erfahren. Um die „Fragen, wo der Ursprung der Schwierigkeiten liegt“ (S. 297) zu klären, müsse man anerkennen, dass „alles dies nicht Probleme rein wirtschaftlicher Art“ (S. 297) seien. Man müsse den Blick weiten und die „nahen Beziehungen vor allem zwischen wirtschaftlichen und staatlich-politischen Hergängen, Wechselbeziehungen, die für die heutige Situation des Kapitalismus geradezu entscheidend geworden sind“ untersuchen. (S. 297) *Eucken* zeigt, dass in Deutschland

---

<sup>73</sup> Zur Listkonferenz vgl. *Borchardt/Schötz* (1991, zu *Eucken* besonders S. 32-33, 145-149, 242-246), *Borchardt* (1992), *Wegmann* (2002, S. 124).

<sup>74</sup> Die Kritik des *Tat-Kreises* hat schließlich *Euckens* Schüler *Friedrich Lutz* geschrieben (*Lutz* 1933). Als zeitgenössische linksliberale Kritik an der Philosophie und Wirtschaftsauffassung der *Tat* vgl. *Kracauer* (1977, 81-105). Der Aufsatz erschien zuerst in der *Frankfurter Zeitung* vom 10. und 11.12.1931. Einen guten Überblick über die Auffassungen des *Tat*-Kreises zur Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft mit Hinweisen auf weiterführende Literatur bietet *Breuer* (1995).

<sup>75</sup> Ein Blick in die Semester 1931/32, 1932 und 1932/33 der *Freiburger Studentenzeitung* ergibt, dass nationalsozialistische Studentenorganisationen zu dieser Zeit das studentische Milieu in Freiburg immer offener bestimmten.

wirtschaftliche Machtgruppen immer entschiedener die Politik bestimmen, dass die alten Verhältnisse, in denen der Staat als Organ des Gemeinwillens die Politik bestimmte, Verhältnissen gewichen sind, in denen „die Wirtschaft begann, die Führung in dem Verflechtungsprozeß von beiden zu übernehmen“. Zuvor hatte *Eucken* allerdings klargestellt, dass unter „Wirtschaft“ hier besonders die stark monopolistische und wettbewerbsfeindliche Großindustrie und Großlandwirtschaft zu verstehen sei. Die nicht vermachteten Industrien, in denen „ein ganz anderer Geist, eine andere Wirtschaftsgesinnung als in den monopolgesicherten Industrien“ herrsche, seien in Deutschland zwar wirtschaftlich, nicht aber politisch bedeutsam. Der den Wettbewerb akzeptierende Unternehmertyp habe kaum Einfluss auf Politik und öffentliche Meinung. (S. 299) Der Einfluss der wirtschaftlichen Machtgruppen auf den Märkten und in der Politik sei dafür umso größer. Der von ihnen dominierte „interventionistische Wirtschaftsstaat“ hemme die Initiative der Unternehmer und mache den bisherigen Regulator der Volkswirtschaft, das Preissystem, funktionsunfähig. (S. 308) Ihre „radikalen Anhänger“ findet dieser interventionistische Wirtschaftsstaat vor allem bei den „Gegnern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung überhaupt; der Arbeiter verlangt Staatseingriffe sowohl in der Hoffnung, seine wirtschaftliche Lage in der Gegenwart zu verbessern, wie auch um eine zukünftige Überwindung der heutigen Wirtschaftsordnung einzuleiten“ (S. 305). Damit, und das ist die Pointe, stützen die Interessenvertreter der Arbeiter den vermachteten Wirtschaftsstaat und werden durch ihre Politik zu Fürsprechern der Großindustrie, die sie rhetorisch doch so heftig bekämpfen. Unter der großen Koalition der Interventionisten verlieren alle kreativen, auf den Wettbewerb setzenden Kräfte.

*Euckens* Position in den letzten Krisenjahren der Weimarer Republik wird noch deutlicher, wenn man den für ein Fachpublikum geschriebenen Text aus dem „*Weltwirtschaftlichen Archiv*“ mit einem ebenfalls 1932 veröffentlichten Aufsatz (*Eucken* 1932b) vergleicht. In „Religion – Wirtschaft – Staat“ wendet sich *Eucken* an ein breites bildungsbürgerliches Publikum. Der Aufsatz ist die „Wiedergabe eines Diskussionsbeitrages des Verfassers auf der Jenaer Tagung des Eucken-Bundes am 1.11.31“. <sup>76</sup> Auch in diesem Text setzt sich *Eucken* mit Strukturwandlungen der modernen Gesellschaft auseinander. <sup>77</sup> Im „Autonomwerden von Kultur, Wirtschaft, Staat“ erblickt er einen „weltgeschichtlichen

---

<sup>76</sup> Zu dieser Tagung, auf der die religiöse Krise der Gegenwart und ihre Auswirkungen in Politik, Wirtschaft und Kultur diskutiert wurden, vgl. *Dathe* (2001, S. 37-45) und *Schlotter* (2004, S. 173 f).

<sup>77</sup> Wir gehen aus mehreren Gründen sehr ausführlich auf diesen Text ein. Er wird erstens in der *Eucken*-Literatur kaum beachtet. In ihm kommt zweitens *Euckens* politische und weltanschauliche Haltung gegen Ende der Weimarer Republik so deutlich wie in keinem anderen Text zum Ausdruck. Und er ist drittens gespickt mit Stellen, die wir ausgiebig zitieren, die all denen die Argumente nehmen, die *Eucken* zu einem Parteigänger der extremen Rechten stempeln. Man muss nur diesen Aufsatz lesen, um z. B. die Differenzen zwischen *Eucken* und *Carl Schmitt* zu sehen.

Vorgang, der das Leben jedes einzelnen Menschen entscheidend umgestaltet hat“. „Während, wie wir sahen, in gesunden Zeiten die verschiedenen Lebensgebiete in der Persönlichkeit des Menschen zur Einheit werden, sieht sich der Mensch unserer Tage einer großen Zahl von autonomen Gebieten des Lebens gegenüber, ohne die verbindende Einheit zu finden. Damit ist ihm aber die innere Sicherheit, das Gleichgewicht genommen; das Leben wird als leer empfunden.“ (S. 83 f.) Aus dieser unbefriedigenden inneren Lage der einzelnen modernen Menschen erkläre sich die „Kraft der revolutionären Führer und die Stärke der Resonanz, die sie in breitesten Kreisen finden“. Da sich wirtschaftlich-politische Tatbestände mit der geistigen Sinnentleerung verbinden, erweitere sich die religiös-weltanschauliche Krise zu einer umfassenden Krise der Gegenwart. Ganz in Sinne der Philosophie seines Vaters sieht *Walter Eucken*, dass die „meisten geistigen und politisch-sozialen Bewegungen der Zeit“ auf die Überwindung der „geistigen Zerspaltenheit, Wiederherstellung eines Sinnzusammenhangs des Lebens“ hinarbeiten. (S. 84) Einige dieser Bewegungen untersucht *Eucken*. Eine Gruppe strebe danach, „durch Umgestaltung der Wirtschaft dem Leben des Einzelnen eine neue sinngebende Einheit zu verschaffen“. Mit dieser vor allem vom Sozialismus vertretenen Krisenlösungsstrategie hatte er sich bereits in den 1920er Jahren mehrfach auseinandergesetzt, und so geht er hier nur kurz darauf ein. „In neuester Zeit ist neben diesem ‚Ökonomismus‘, zum Teil mit ihm verquickt, eine Strömung mehr und mehr hervorgetreten, die wir als ‚Politismus‘<sup>78</sup> bezeichnen könnten: Vom Staate her, durch Aufgehen des Einzelnen im Staat soll dem Leben wieder ein umfassender Sinngehalt verliehen werden.“ (S. 85) Die Idee des „Politismus“ verschränke sich immer mehr mit der Idee des interventionistischen Wirtschaftsstaates und führe zur Idee des „totalen Staates“. *Eucken* skizziert die Genese der Idee des totale Staates und kommt mit Blick auf Deutschland zu der Einschätzung, dass der Staat hier seinen Wirkungsbereich schon im 19. Jahrhundert erweitert hat, „und je mehr die Massen an politischer Macht gewinnen, um so nachdrücklicher greift er [der Staat] unter deren Druck in das wirtschaftliche Geschehen ein“. Die Ausdehnung des staatlichen Wirkungsbereiches erscheint nur prima facie als Stärkung des Staates. „Zweifelloos ergibt diese tiefgreifende Wandlung durchaus nicht ohne weiters eine Stärkung des Staates. Im Gegenteil: er wird in ganz anderem Ausmaß als vorher in die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe hereingezogen und so leicht zu einem Werkzeug von Interessenten, wo er früher Beobachter war. Mit den Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Staat nunmehr auf engste verflochten, jede schwere Wirtschaftskrise ist ohne weiteres eine Staatskrise, ein Zusammenhang, der im vorigen Jahrhundert nicht bestand. Im ganzen also

---

<sup>78</sup> *Walter Eucken* bezieht sich hier auf Überlegungen seines Vaters, der den Politismus, die Überschätzung des Staates, als Gefahr für die freie Entfaltung der Persönlichkeit kritisiert hat (*R. Eucken* 1925, S. 371-376).



vollzieht sich unter sehr starker Ausdehnung des Staatsapparates ein Ineinanderwachsen von Staat und Wirtschaft, von Staat und Gesellschaft überhaupt.“ (S. 85 f.) Indem der Mensch immer mehr glaube, „daß sein Wohlergehen vom Staate“ abhängig sei, erhoffe er sich „die Lösung *aller* Lebensfragen – nicht nur der äußeren – vom Staate“. Der Staat, so die Überzeugung, die bei vielen jüngeren Deutschen im Mittelpunkt ihres Denkens steht, solle dem Leben einen neuen Sinnzusammenhang verleihen. (S. 86) Und *Eucken* wird noch deutlicher, wenn er seiner Kritik dieser Überzeugung eine klare Darstellung des Zusammenhanges zwischen dem Glauben an den totalen Staat und der Ablehnung des Liberalismus voranschickt. „Die Warnung Friedrich Schlegels, nicht in die politische Welt Glaube und Liebe zu verschleudern, würde heute auf völlig taube Ohren treffen; heute ist ganz im Gegensatz hierzu der leidenschaftliche Glaube an den Staat, und zwar an den ‚totalen‘, alles durchdringenden Staat, und die leidenschaftliche Ablehnung des Liberalismus ein Hauptstück im Aufbau der Lebensanschauung sehr vieler Menschen geworden.“<sup>79</sup> *Eucken* hält der Forderung nach einem totalen Staat, ein anderes Programm entgegen, dessen weltanschaulich-philosophischen Kern er in der *Tatwelt* umreißt. Er erinnert an die personalistische Lebensphilosophie *Rudolf Euckens* und stellt klar, dass der Sinnzusammenhang des Lebens nur in der „Einheit der Persönlichkeit“ geschaffen werden könne. Diese Einheit der Persönlichkeit wird durchaus als je individuelle gedacht. Ausdrücklich heißt es, dass die autonomen Gebiete der modernen Kultur „im Rahmen der eignen Persönlichkeit“ (S. 87) ineinandergefügt werden müssen. *Eucken* vertritt hier einen „Individualismus idealistischer Prägung“, der Anfang der 1930er Jahre eher als eine Wiederbelebung einer untergegangenen Moralphilosophie denn als Beitrag zur zeitgenössischen Debatte wirkte.<sup>80</sup> *Euckens* Individualismus musste deshalb so wirken, weil er an liberale moralphilosophische Konzepte aus dem späten 19. und frühen 20. Jahrhundert anknüpft, denen es um die Rettung individuell-persönlicher Rechte vor der kollektiven Vereinnahmung ging. Nach dem Ersten Weltkrieg richtete sich die philosophische Reflexion hingegen immer stärker auf den positiven Zusammenhang von persönlichem und sozialem Leben, und die tonangebenden Philosophen vertraten Positionen, die das Primat des Kollektiven betonten.<sup>81</sup> Seiner liberalen Haltung, so *Eucken*, stehe die antiliberalen der Anhänger des Politismus und Ökonomismus entgegen, die „glauben, durch Auslöschung der Persönlichkeit, durch Vermassung und völliges Aufgehen im totalen Staat oder in der

---

<sup>79</sup> Zur Ausgrenzung und Diffamierung des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit vgl. exemplarisch *Leonhard* (2003).

<sup>80</sup> Zu diesem Begriff vgl. *Kracauer* (1977, S. 95).

<sup>81</sup> Vgl. dazu *Schlotter* (2004, S. 110-112).

Gemeinwirtschaft die innere Einheit wieder zu finden“. Was er selbst unter politischem Liberalismus versteht, hält er unmissverständlich fest: Dem politischen Liberalismus gehe es darum, „die freie private Sphäre des Einzelnen auszuweiten und gegen Staatseingriffe zu schützen“. Und wenn wir an die Kritik der wirtschaftlichen Machtgruppen in den „Strukturwandlungen“ denken, wird deutlich, dass es dem Liberalismus nach *Eucken* daneben auch darum geht, die Freiheitsrechte Einzelner vor den Trägern privater Macht zu sichern. Wenn man die Skizze des hier umrissenen liberalen Programms und die Darstellung der beiden antiliberalen in den Blick nimmt, wird deutlich, dass *Eucken*, wenn er von „Masse“ und „Vermassung“ spricht, diese Begriffe keineswegs in einem sozialen Sinn gebraucht. Zur „Masse“ gehören all die, die zur Lösung der Krise der Gegenwart weltanschaulichen, sozialen oder politischen Konzepten folgen, die die Gemeinschaft oder den Staat dem Individuum vorordnen und damit bewusst oder unbewusst die eigene Persönlichkeit aufgeben.<sup>82</sup>

Aufschlussreich für *Euckens* Position ist hier zusätzlich der Text, in dem er sein auf liberalen Prinzipien beruhendes wirtschaftspolitisches Programm erstmals skizziert.<sup>83</sup> *Eucken* beschreibt die Struktur der deutschen Volkswirtschaft und kommt zu dem Ergebnis, dass „Deutschland in der ganzen Breite seiner Produktion zum vorwiegenden Verarbeitungsland geworden ist“. Und der Erfolg der deutschen Wirtschaft gehe wesentlich auf die Fähigkeiten der deutschen Arbeiter zurück, „und zwar der deutschen Arbeiter jedes Grades, angefangen vom wissenschaftlich gebildeten Chemiker und Techniker bis zum gelernten Arbeiter, wie dem Monteur, dem Weber usw.“. (*Eucken* 1933, S. 147) Hier, wo es darauf ankommt, mit Verweisen auf die strukturellen Besonderheiten der Arbeitskräfte in Deutschland und auf deren individuelle Fähigkeiten zu argumentieren und allen Verfechtern gemeinwirtschaftlicher, autarker oder volksgemeinschaftlicher Wirtschaftskonzepte entgegenzutreten, wird nicht mit dem Begriff der Masse gearbeitet.<sup>84</sup>

Zu einer Zeit, in der es eine weit verbreitete Ansicht war, im Zeitalter der Massen die alte liberale Vorstellung von individueller politischer Freiheit und Vernunft aufzugeben, war

---

<sup>82</sup> In *Euckens* Analysen des Begriffs „Masse“ scheint eine Auffassung vor, die auch von linksliberalen Kulturkritikern der Weimarer Zeit vertreten wurde. So unterscheidet *Siegfried Kracauer* in „Das Ornament der Masse“ genau zwischen Volk und Masse und hebt hervor, dass der Mensch als Massenglied sein Persönlichkeitsbewusstsein ausschaltet und seine Individualität aufgibt. *Eucken* wird *Kracauers* Ansichten gekannt haben, prägten sie doch in den 1920er Jahren das Feuilleton der *Frankfurter Zeitung*, auch der Beitrag „Das Ornament der Masse“ erschien am 9. und 10.6.1927 in diesem Blatt. Wiederabdruck in: *Kracauer* (1977, 50-63).

<sup>83</sup> *Eucken* (1933). Sowohl *Euckens* Text als auch der „Vorspruch“ der Herausgeber zeigen an, dass das Buch bereits vor der nationalsozialistischen Machtübernahme fertig vorlag.

<sup>84</sup> *Eucken* hatte schon 1926 sehr klar zwischen der „Masse der Arbeiter“ und den „geistig hochstehenden Angestellten und Arbeitern“ unterschieden. Das Bestreben, sich nicht vom Kollektiv einfangen zu lassen, hebt auch Arbeiter und Angestellte aus der Masse heraus. Vgl. *Eucken* (1926a, S. 14). Und mit Blick auf die Studentenschaft hob *Eucken* 1932 hervor, dass das unbedingte Streben nach Leistung den Einzelnen aus der Masse heraushebe *Eucken* (1932e).

*Euckens* Verteidigung von Freiheit und Vernunft Ausdruck einer liberalen Grundüberzeugung. Von dieser liberalen Position aus wird auch deutlich, was *Eucken* im Sinn hat, wenn er sich Ende der 1920er / Anfang der 1930er Jahre in Aufsätzen sowie in Briefen an *Rüstow* nicht nur aus den oben geschilderten wirtschaftspolitischen Überlegungen heraus so vehement gegen die Demokratisierung wendet. Diese führe zu „eine[r] viel engere[n] Verknüpfung von Volk und Staat oder – wenn man so will – der Idee nach [zur] Identität von beiden“. Wie so viele seine Zeitgenossen kennt *Eucken* nur das Identitätskonzept der Demokratie, aber anders als viele, erkennt er aufs Genaueste dessen Gefahren – nämlich die Aufhebung der individuellen Persönlichkeit in einer gemeinschaftlichen Masse und die Tendenz des Umschlagens der Identität von Regierenden und Regierten in die von Führer und Volksgemeinschaft.<sup>85</sup> Dass *Eucken* auf dieses Demokratiemodell mit dem Modell einer demokratisch nur schwach rückgekoppelten Herrschaft von Leistungseliten reagierte, dürfte seinen Grund im Festhalten an altliberalen Vorstellungen haben, die bei ihm und seinen politischen Gewährsleuten *Most* und *Luther* schon Mitte der 1920er Jahre zu finden sind. *Eucken* hatte schon 1931 festgestellt, dass die leidenschaftliche Ablehnung des Liberalismus ein Hauptstück im Aufbau der Lebensanschauung vieler Menschen geworden sei. Er hatte außerdem gesehen, wie aus dieser Ablehnung bei vielen seiner Zeitgenossen der Wunsch nach einem totalen Führerstaat erwuchs. Seinem Freund, dem Freiburger Historiker *Gerhard Ritter*, konnte er diese Einsichten etwas später vermitteln.<sup>86</sup> Um der Gefahr des heraufziehenden Führerstaates, in dem auch die letzten Reste des liberalen Rechtsstaates zu verschwinden drohten, in allerletzter Minute doch noch begegnen zu können, organisierte *Ritter* im Wintersemester 1932/33 an der Freiburger Universität eine Ringvorlesung zum Liberalismus. *Ritters* Ziel war es, den Nationalliberalismus der Gründerzeit (1848-1876) als politische Alternative zum Weimarer Parteienstaat und zum Führerstaat ins Spiel zu bringen.<sup>87</sup> *Eucken* sollte über „Freie oder gebundene Wirtschaft“ lesen, musste seine Vorlesung wegen einer schweren Erkrankung aber ausfallen lassen. *Ritter* integrierte deshalb einen auf *Euckens* Vorarbeiten zurückgehenden Exkurs über wirtschaftlichen Liberalismus in seine Abschlussvorlesung am 22. Februar 1933.<sup>88</sup> *Ritter* wollte seine Vorlesungen zusammen mit dem Beitrag *Euckens* veröffentlichen, hatte sogar schon einen Titel „Deutscher

---

<sup>85</sup> Zu den demokratiethoretischen Modellen der Weimarer Zeit vgl. *Gusy* (2000), und hier besonders die Überblicksdarstellungen von *Boldt* (S. 608-634), *Gusy* (S. 635-663) und *Schönberger* (S. 664-669).

<sup>86</sup> Vgl. *Matthiesen* (1993, S. 1215).

<sup>87</sup> Zu dieser Ringvorlesung vgl. *Cornelissen* (2001, S. 180-192).

<sup>88</sup> Zu dem Exkurs, der im wesentlichen Argumente aus (*Eucken* 1932a, 1932b) und (*Eucken* 1933) enthält, vgl. *Matthiesen* (1993, S. 1274-1277). *Ritter* wird *Euckens* Schriften nicht gelesen haben, sondern sich mit deren Inhalt in einem wirtschaftspolitischen Gespräch mit seinem Freund vertraut gemacht haben. Vgl. das Gesprächsprotokoll im Nachlass *Ritter*, BArch N 1166/17a.

Freiheitsglaube. 5 Vorlesungen von Gerhard Ritter – mit einem wirtschaftspolitischen Beitrag von Walter Eucken“, konnte den Verlag aber nicht überzeugen. Die Publikation unterblieb, weil dem Verleger vor allem in Hinblick auf den Beitrag *Euckens* Zweifel befielen, ob die Veröffentlichung „unter den heutigen innerpolitischen Zuständen“ angebracht sei.<sup>89</sup>

## V. Gefestigter Liberalismus. Euckens Ablehnung des Nationalsozialismus 1933/34

Wie gefestigt *Euckens* Liberalismus war, als die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht übernommen hatten, zeigen einige Episoden der Jahre 1933/34.

Prominente Mitglieder des *Euckenbundes* mit dem Chemnitzer Studiendirektor *Otto Günther* an der Spitze plädierten im Frühjahr 1933 für eine geistige und organisatorische Annäherung des Bundes an den Nationalsozialismus. Die Jenaer Bundesleitung um *Irene Eucken* und *Benno von Hagen* blieb unschlüssig; einerseits war ihr der Nationalsozialismus zu politisch, andererseits hoffte sie, ihn geistig führen zu können. Die unter dem Titel „Austritt Otto Günther“ zusammengefassten Briefe und Dokumente aus den Jahren 1933 und 1934 (ThULB, Nachlass *Eucken* VI, 12/16) geben Aufschluss über die Suche nach einer Lösung. Das Machtwort kam aus Freiburg. *Walter Eucken* lehnte jede Annäherung des Bundes an den Nationalsozialismus entschieden ab. Er diktierte seiner Mutter und *von Hagen* die Entscheidung. Zur Familienkorrespondenz *Irene Euckens* gehören undatierte Brieffragmente (ThULB, Nachlass *Eucken* V, 12, 241), in denen die Vorlagen für die Briefe erhalten sind, die *von Hagen* an die nationalsozialistisch gesinnten Mitglieder des Bundes schicken musste. *Eucken* schrieb dem Vorsitzenden des Bundes wortwörtlich vor, wie die Ablehnung auszusehen habe. Da die Jenaer lieber auf *Otto Günther*, den Gründer des *Euckenbundes*, als auf *Walter Eucken* verzichten wollten, orientierten sie sich an dessen Vorgaben.

Selbst ein alter Freund von *Edith* und *Walter Eucken*, der wie viele ehemals Liberale nach 1933 mit den Nationalsozialisten sympathisierende *Otto Most*, konnte die Freiburger nicht umstimmen. *Most* sah nun seine Chance gekommen, dem Bund politischen und wirtschaftspolitischen Einfluss zu verschaffen. Er hoffte, *Walter Eucken* für eine Bundestagung gewinnen zu können, auf der u. a. *Hans Buchner*, einer der führenden nationalsozialistischen Wirtschaftstheoretiker, das Wort ergreifen sollte. *Eucken* blieb skeptisch. *Most* bat *Irene Eucken* um Vermittlung und schrieb am 18. Mai 1934 in einem Brief, dass er betrübt sei, zu sehen, wie sich *Walter* dem Ansinnen, die neue Macht mit dem Bund in Verbindung zu bringen, entgegenstellt. „Es wäre ein Jammer, wenn ein Mann mit so

---

<sup>89</sup> Brief der Verlagsbuchhandlung Reimar Hobbing an Gerhard Ritter vom 3.3.1933. BArch N 1166/357.

aufgeschlossenem Blick, mit so warmem Herzen und mit so großer fachlicher Tüchtigkeit sich dem Erleben unserer Zeit so weitgehend verschlösse.“<sup>90</sup> *Walter Eucken* blieb diesem Erleben auch weiterhin verschlossen.<sup>91</sup>

## VI. Ausblick

Die Analyse von *Walter Euckens* umfangreicher Publizistik der 1920er und frühen 1930er Jahre sowie der bereits zugänglichen Korrespondenzen Euckens aus diesem Zeitraum<sup>92</sup> zeigt, dass sich *Walter Eucken* in den Jahren von 1918 bis 1933/34 zu einem konsequenten Liberalen entwickelt hat. Er hat die antiliberalen Positionen seiner Herkunftsmilieus in seiner Familie, hier waren vor allem seine Mutter und seine politisch engagierte Schwester strikt antiliberal, im *Euckenbund* und im Umkreis von *Hermann Schumacher* nach und nach aufgeben und zuerst wirtschaftsliberale, später auch politisch liberale Auffassungen entwickelt. Als viele deutsche Gelehrte und Intellektuelle den Versuchungen antiliberaler Weltanschauungen und politischer Konzeptionen zu erliegen drohten, verteidigte *Walter Eucken* Anfang der 1930er Jahre konsequent liberale Positionen in bezug auf die Ordnung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Im Anschluss an den vorliegenden Beitrag planen wir eine Analyse von *Euckens* gesellschaftstheoretischen Vorstellungen der Jahre 1935 bis 1950. Eine Lektüre der Hauptwerke im Spiegel erschlossener Korrespondenzen (*Franz Böhm, Friedrich August von Hayek, Alexander Rüstow, Irene Eucken*) sowie zu erschließender Briefwechsel könnte dazu führen, *Euckens* spätere politische und gesellschaftstheoretische Ansichten viel stärker als bisher geschehen als liberaldemokratisch mit stark zivilgesellschaftlichen Einschlägen zu charakterisieren.

## Anhang

Brief von *Walter Eucken* an *Alexander Rüstow*. Baabe (Rügen), Haus Edith, 22. August 1928<sup>93</sup>

---

<sup>90</sup> *Otto Most* an *Irene Eucken* vom 18.5.1934. ThULB Jena, Nachlass *Eucken* V, 4, 1080.

<sup>91</sup> Vgl. *Klinckowstroem* (2000, S. 85-88 und 90-97), *Dathe/Goldschmidt* (2003, S. 63-68) und *Goldschmidt* (2005a).

<sup>92</sup> Weiterer Aufschluss über *Euckens* Entwicklung ist nach der Verfilmung und Sichtung des Teilnachlasses von *Wilhelm Röpke* im *Wilhelm-Röpke-Institut* Erfurt sowie nach der Erschließung des Nachlasses von *Walter Eucken* in Frankfurt am Main und Freiburg zu erwarten.

<sup>93</sup> Der hier abgedruckte Brief liegt in *Euckens* Handschrift (BArch N 1169/2, Bl. 318-319) und einer von *Rüstow* angefertigten maschinenschriftlichen Teilabschrift (BArch N 1169/2, Bl. 315-317) vor. Diese mit dem Hinweis „Vertraulich!“ versehene Abschrift deutet darauf hin, dass *Rüstow Euckens* Brief im Kreise der „Ricardianer“ zirkulieren ließ. Wir geben *Euckens* Vorlage wieder, übernehmen den Wortlaut, die Schreibweise und

Lieber Herr Rüstow!

Entschuldigen Sie, wenn ich erst heute auf Ihren Brief vom 13.8. antworte; er wurde mir hierher – wo ich bis 8.9. bleibe – nachgesandt. Nun bin ich in der Sommerfrische immer ausserordentlich faul – daher die Verspätung.

Die Sache Schacht<sup>94</sup> steht ja nun nicht günstig. Rechnen wir also fest damit, dass Schacht bleibt.<sup>95</sup> Ich meine, man sollte dann zweierlei wenigstens durchzusetzen versuchen. Zunächst einmal sollte zwischen dem Reichskanzler unter Beisein der beteiligten Minister eine Aussprache mit Herrn Schacht stattfinden, um *endlich* einmal über die Befugnisse des Reichsbankpräsidenten Klarheit zu schaffen. Der jetzige Zustand ist einfach *grundsätzlich* unmöglich. Es gibt hinsichtlich der Leitung der Zentralbank nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist sie eine Staatsbank; – wobei natürlich wieder verschiedene Rechtsformen gewählt werden können. So z. B. die Reichsbank vor dem Kriege. Dann untersteht der Reichsbankpräsident dem Reichskanzler. Man kann darüber streiten, ob das aus anderen Gründen praktisch ist. Aber jedenfalls sind die Befugnisse klar geregelt. Havenstein<sup>96</sup>, Koch<sup>97</sup>, von Dechend<sup>98</sup> machten keine andere Wirtschaftspolitik als die jeweilige Regierung wollte. *Oder* man hat das Privatbanksystem. Dann hat der Reichsbankpräsident lediglich die währungspolitische Aufgabe der Stabilhaltung der Mark. Er mag<sup>99</sup> Berater der Regierung sein, muss sich aber der eigenen Wirtschaftspolitik enthalten. So in England. Völlig unmöglich ist aber der heutige Zustand in Deutschland, der ein unerträglicher Zwischenzustand ist. Der Reichsbankpräsident fühlt sich als wirtschaftspolitisch (z. B. reparationspolitisch) entscheidende Stelle – gleichzeitig ist er unabhängig. Aus der geschichtlichen Entwicklung ist diese Schachtsche Auffassung *verständlich*, aber sie ist einfach eine praktische Unmöglichkeit. Er fühlt sich als *selbständiger* Havenstein – als zweite selbständige offizielle Spitze des Reichs *neben* der Regierung; als unabhängig von der Regierung – aber doch offiziell. Wenn er sagt: Ich *will* nicht zahlen, so ist der Satz auch in dieser Hinsicht kennzeichnend. Er hat überhaupt nicht zu zahlen; allein die Regierung ist verantwortlich. *Nur* Auswärtiges Amt und Reichswirtschaftsministerium, bzw.

---

Zeichensetzung des Originals, lösen Abkürzungen, die nicht im Duden nachgewiesen werden, auf und geben *Euckens* Unterstreichungen kursiv wieder.

<sup>94</sup> „Schacht“ handschriftlich später eingefügt, nicht in *Euckens* Handschrift. In der maschinenschriftlichen Abschrift heißt es ohne Hinweis auf das Original: „die Sache Schacht“.

<sup>95</sup> *Schacht* wurde im September 1928 vom Generalrat der Reichsbank einstimmig als Reichsbankpräsident wiedergewählt.

<sup>96</sup> *Rudolf Havenstein* (1857-1923), 1908-1923 Präsident der Reichsbank.

<sup>97</sup> *Richard Koch* (1834-1910), 1890-1907 Präsident der Reichsbank.

<sup>98</sup> *Hermann von Dechend* (1814-1890), 1875-1890 Präsident der Reichsbank.

<sup>99</sup> In der Abschrift steht hier: muss.

Reichsfinanzministerium machen Reparationspolitik – nicht Schacht. (Es ist übrigens einer der grössten Fehler der Stresemannschen Politik, dass Stresemann viel zu wenig energisch das Reparationsproblem anfasst) Ich meine, dies müsste Schacht gründlich klar gemacht und protokollarisch festgelegt werden. Nun werden Sie sagen: Das nützt nicht viel, denn der Mann hält sich an keine Abmachung. Aber m. E. *muss* es doch geschehen und in diesem Moment der Wiederwahl wird eine solche Festlegung auch einen Eindruck machen. Besonders das Reichswirtschaftsministerium kann es sich doch einfach nicht gefallen lassen, dass eine wirtschaftliche Nebenregierung besteht. Also Curtius<sup>100</sup> und Trendelenburg<sup>101</sup> werden sicher dafür zu haben sein.

Erst an zweiter Stelle würde ich die Delegation eines vernünftigen Mannes in das Reichsbankdirektorium nennen. Der Mann wird es ungemein schwer haben. Im Gegensatz zu früher finden – wie ich weiss – jetzt keine eigentlich kollegialen Beratungen statt. Schacht teilt den Herren einfach mit: so und so wird es gemacht. Was soll ein einzelner Direktor dagegen tun? Ich sehe also hier sehr pessimistisch, wenn es auch ganz nützlich wäre, einen solchen Mann hereinzusenden. Nur sollte man keine zu gute Kraft dadurch absorbieren. Gestrich<sup>102</sup> würde die Sache gut machen, denn er lässt sich nichts gefallen; aber er wird bald mächtigen Krach haben und es fragt sich, ob er dort so viel nützt wie in der Industrie- und Handelszeitung. Gut wäre auch Lautenbach<sup>103</sup>; vielleicht ein zunächst merkwürdig scheinender Vorschlag. Aber überlegen Sie ihn doch einmal! Lautenbach ist zweifellos eine ganz besondere Kraft und Schacht selbst hat neulich zu einem Herrn gesagt, Lautenbach sei sein gefährlichster Gegner. Er würde aber wohl in der Reichsbank *mehr* wirken können als jetzt. Darauf kommt es doch schliesslich an.

Die Hauptsache aber scheint mir Punkt 1 zu sein, Punkt 2 *nicht unwichtig*, aber wohl nicht zu überschätzen. In Zürich werden wir voraussichtlich in Ihrer Gegend wohnen.

Mit den besten Empfehlungen und herzlichem Gruss von Haus zu Haus stets Ihr  
Eucken

## Quellen

BArch, Bundesarchiv Koblenz, Nachlässe Gerhard Ritter (N 1166) und Alexander Rüstow (N 1169).

---

<sup>100</sup> Julius Curtius (1877-1948), für die DVP Mitglied des Reichstages, Reichswirtschaftsminister.

<sup>101</sup> Ernst Trendelenburg (1882-1945), Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium.

<sup>102</sup> Hans Gestrich (1895-1943), Chefredakteur der *Industrie- und Handelszeitung*.

<sup>103</sup> Wilhelm Lautenbach (1891-1948), Referent im Reichswirtschaftsministerium.

ThULB, Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Nachlass Rudolf Eucken.

Walter-Eucken-Archiv Frankfurt am Main, Nachlass Walter Eucken.

## Literatur

Amemiya, Akihiko (2008), Neuer Liberalismus und Faschismus: Liberaler Interventionismus und die Ordnung des Wettbewerbs, *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Nr. 2, S. 173-195.

Antrick, Otto (1966), *Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M. Idee, Werden, Gestalt*, Darmstadt.

Bialas, Wolfgang und Burkhard Stenzel (Hg.) (1996), *Die Weimarer Republik zwischen Metropole und Provinz. Intellektuellendiskurse zur politischen Kultur*, Weimar, Köln und Wien.

Bieber, Hans-Joachim (1992), *Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920*, Hamburg.

Biewer, Ludwig (1980), *Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik. Fragen zur Funktionalreform und zur Neugliederung im Südwesten des Deutschen Reiches*, Frankfurt/M. u.a.

Blümle, Gerold und Nils Goldschmidt (2006), From economic stability to social order: The debate about business cycle theory in the 1920s and its relevance for the development of theories of social order by Lowe, Hayek and Eucken, *The European Journal of the History of Economic Thought*, 13. Jg., S. 543-570.

Boese, Franz (1939), *Geschichte des Vereins für Sozialpolitik*, Berlin.

Borchardt, Knut (1992), Wirtschaftspolitische Beratung in der Krise: Die Rolle der Wissenschaft, in: Winkler, Heinrich-August (Hg.), *Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen*, München, S. 109-132.

Borchardt, Knut und Hans Otto Schötz (Hg.) (1991), *Wirtschaftspolitik in der Krise. Die (Geheim-)Konferenz der Friedrich-List-Gesellschaft im September 1931 über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung*, Baden-Baden.

Breuer, Stefan (1995), *Anatomie der konservativen Opposition*. 2., durchges. u. korr. Aufl., Darmstadt.

Broyer, Sylvain (2006), *Die Hinterlassenschaft der historischen Schule in Walter Euckens Ordnungstheorie und dem deutschen Ordoliberalismus*, Dissertation, Frankfurt/M.

Cornelißen, Christoph (2001), *Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf.

Dathe, Uwe (2001), „Er ist wirklich ein geistiger Führer von Gottes Gnaden“. Dokumente zum weltanschaulich-politischen Wirken von Viktor Glondys in der Weimarer Republik, *Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde*, 24. Jg., S. 23-49.



Dathe, Uwe (2002), Der Nachlaß Rudolf Euckens. Eine Bestandsübersicht, *Zeitschrift für neuere Theologieggeschichte*, 9. Jg., S. 268-301.

Dathe, Uwe (2007), Rudolf Eucken – Philosophie als strenge Wissenschaft und weltanschauliche Erbauungsliteratur, in: Ruchniewicz, Krzysztof und Marek Zybura (Hg.), *Die höchste Ehrung, die einem Schriftsteller zuteil werden kann. Deutschsprachige Nobelpreisträger für Literatur*, Dresden, S. 37-60.

Dathe, Uwe und Nils Goldschmidt (2003), Wie der Vater, so der Sohn? Neuere Erkenntnisse zu Walter Euckens Leben und Werk anhand des Nachlasses von Rudolf Eucken in Jena, *ORDO*, Bd. 54, S. 49-74.

Ehrlich, Lothar und Jürgen John (Hg.) (1998), *Weimar 1930. Politik und Kultur im Vorfeld der NS-Diktatur*, Köln, Weimar und Wien.

Eucken, Rudolf (1925), *Der Kampf um einen geistigen Lebensinhalt. Neue Grundlegung einer Weltanschauung*. Fünfte umgearbeitete Auflage, Berlin und Leipzig.

Eucken, Walter (1914), *Die Verbandsbildung in der Seeschiffahrt*, München und Leipzig.

Eucken, Walter (1923), Gegen vorzeitige Währungsexperimente, *Deutsche Allgemeine Zeitung, Tägliche Rundschau* vom 29.12.1923, S. 1-2.

Eucken, Walter (1924), Pseudo-Goldwährung, *Deutsche Allgemeine Zeitung* vom 17.7.1924, S. 1

Eucken, Walter (1925a), *Zur Kritik des modernen Sozialismus*, Langensalza.

Eucken, Walter (1925b), Zur zollpolitischen Debatte, *Der Deutsche Gedanke*, 2. Jg., S. 459-462.

Eucken, Walter (1925c), Rezension zu Alexander Rüstow: Schutzzoll oder Freihandel, *Kölnische Zeitung* vom 4.8.1925.

Eucken, Walter (1926a), Die geistige Krise und der Kapitalismus, *Die Tatwelt*, 2. Jg., S. 13-16.

Eucken, Walter (1926b), Rez. zu „Deutscher Liberalismus. Reden der Reichstagsabgeordneten Most, Kahl und Stresemann“, *Die Tatwelt*, 2. Jg., S. 78.

Eucken, Walter (1927a), Vom Radikalismus sozialistischer und Euckenscher Prägung, *Die Tatwelt*, 3. Jg., S. 44-48

Eucken, Walter (1927b), Religion und Sozialismus. Eine Fortsetzung der Diskussion, *Die Tatwelt*, 3. Jg., S. 127-132.

Eucken, Walter (1928), Auslandsanleihen, *Magazin der Wirtschaft*, 4. Jg., S. 120-124.

- Eucken, Walter (1932a), Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, *Weltwirtschaftliches Archiv*, 36. Bd., S. 297-323. Wiederabdruck mit einer Vorbemerkung, *ORDO*, Bd. 48 (1997), S. 3-24.
- Eucken, Walter (1932b), Religion – Wirtschaft – Staat. Zur Problematik des Gegenwartsmenschen, *Die Tatwelt*, 8. Jg., S. 82-89.
- Eucken, Walter (1932c), Krisen und Autarkie, in: *Autarkie. Fünf Vorträge*, Berlin, S. 44-50.
- Eucken, Walter (1932d), [Redebeitrag], in: Boese, Franz (Hg.), *Deutschland und die Weltkrise. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Dresden 1932*, München und Leipzig, S. 188-191.
- Eucken, Walter (1932e), [Antwort auf eine Frage der Redaktion zum Thema „Massenstudium und Universitätswissenschaft“], *Freiburger Studentenzeitung*, IV. Semester (XII), Nr. 5 vom 19.1.1932.
- Eucken, Walter (1933), Das Wesen der deutschen Wirtschaft, in: Lange, Carl und Ernst Adolf Dreyer (Hg.), *Deutscher Geist. Kulturdokumente der Gegenwart*, Leipzig, S. 145-153.
- Eucken, Walter (1940/1989), *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, Jena; 9. unveränderte Aufl., Berlin u.a.
- Eucken, Walter (1952/2004), *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen.
- Faber, Richard (Hg.) (2000), *Liberalismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg.
- Feldman, Gerald D. (1998), *Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870-1924*, München.
- Flügge, Wilhelm von (1919), Sozialismus oder Manchestertum?, in: Bredt, Johann Viktor (Hg.), *Das Werk des Herrn Preuß oder Wie soll eine Reichsverfassung nicht aussehen? Nebst Gegenentwurf einer Reichsverfassung*, Berlin, S. 35-42.
- Folz, Willibald (1970), *Das geldtheoretische und geldpolitische Werk Walter Euckens*, Berlin.
- Gangl, Manfred und Gérard Raulet (2007), Einleitung, in: dies. (Hg.), *Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik. Zur politischen Kultur einer Gemengelage*, Frankfurt/M. u.a., S. 9-53.
- Gerhard, Dietrich (1926), Die Idee der Staatsräson in der Neueren Geschichte. Zu Friedrich Meineckes neuem Buch, *Die Tatwelt*, 2. Jg., S. 16-30.
- Goldschmidt, Nils (2002), *Entstehung und Vermächtnis ordoliberalen Denkens. Walter Eucken und die Notwendigkeit einer kulturellen Ökonomik*, Münster.
- Goldschmidt, Nils (Hg.) (2005a), *Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*, Tübingen.
- Goldschmidt, Nils (2005b), Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Das gleichnamige Buch von Ralf Ptak kritisch betrachtet, *ORDO*, Bd. 56, S. 319-323.

Grüner, Stefan (2002), Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie. Zum Parteien- und Demokratieverständnis im deutschen und französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit, in: Möller, Horst und Manfred Kittel (Hg.), *Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918-1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich*, München, S. 219-249.

Gusy, Christoph (Hg.) (2000), *Demokratisches Denken in der Weimarer Republik*, Baden-Baden.

Haselbach, Dieter (1991), *Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*, Baden-Baden.

Houwink ten Cate, Johannes (1987), Hjalmar Schacht als Reparationspolitiker (1926-1930), *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 74, S. 186-228.

Huber, Ernst Rudolf (1984), *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band VII*, Stuttgart u.a.

Hübinger, Gangolf (2006), *Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte*, Göttingen.

Hübinger, Gangolf und Thomas Hertfelder (Hg.) (2000), *Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik*, Stuttgart.

Hüfner, Jan (1995), *Der junge Walter Eucken. Zur Bestimmung früher Einflußfaktoren auf sein Denken als Grundlage seines späteren Werks*, Diplomarbeit, Jena.

Jansen, Christian (2001), Antiliberalismus und Antiparlamentarismus in der bürgerlich-demokratischen Elite der Weimarer Republik. Willy Hellpachs Publizistik der Jahre 1925-1933, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 49. Jg., S. 773-795.

Janssen, Hauke (1998), *Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren*, Marburg.

Janssen, Hauke (2009), *Zwischen Historismus und Neoklassik: Alexander Rüstow und die Krise in der deutschen Volkswirtschaftslehre*, HWWI Research Paper, Hamburg; jetzt auch *ORDO*, Bd. 60, S. 101-118.

Jones, Larry Eugene (1988), *German liberalism and the dissolution of the Weimar party system, 1918-1933*, Chapel Hill und London.

Jones, Larry Eugene und Wolfram Pyta (Hg.) (2006), „*Ich bin der letzte Preuße*“. *Der politische Lebensweg des konservativen Politikers Kuno Graf von Westarp (1864-1945)*, Köln, Weimar und Wien.

Klinckowstroem, Wendula Gräfin von (2000), Walter Eucken: Eine biographische Skizze, in: Gerken, Lüder (Hg.), *Walter Eucken und sein Werk. Rückblick auf einen Vordenker der sozialen Marktwirtschaft*, Tübingen, S. 53-115.

- Kolb, Eberhard und Ludwig Richter (Bearb.) (1999), *Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918-1933*, Düsseldorf.
- Koszyk, Kurt (1972), *Deutsche Presse 1914-1945*, Berlin.
- Kracauer, Siegfried (1977), *Das Ornament der Masse. Essays*, Frankfurt/M.
- Krohn, Claus-Dieter (1981), *Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918-1933*, Frankfurt/M. und New York.
- Kurlander, Eric (2006), *The price of exclusion: ethnicity, national identity, and the decline of German Liberalism, 1898-1933*, New York und Oxford.
- Langewiesche, Dieter (1988), *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/M.
- Lenel, Hans Otto (1991), Walter Euckens Briefe an Alexander Rüstow, *ORDO*, Bd. 42, S. 11-14.
- Leonhard, Jörn (2003), Semantische Deplazierung und Entwertung. Deutsche Deutungen von liberal und Liberalismus im europäischen Vergleich, *Geschichte und Gesellschaft*, 29. Jg, S. 5-39.
- Löffler, Bernhard (2002), *Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard*, Stuttgart.
- Lorenz, Thomas (2008), „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“. Der Versailler Vertrag in Diskurs und Zeitgeist der Weimarer Republik, Frankfurt/M. und New York.
- Lübbe, Hermann (2006), *Philosophie in Geschichten. Über intellektuelle Affirmationen und Negationen in Deutschland*, München.
- Lutz, Friedrich (1933), Von der Geisteshaltung der jüngeren Generation. I. Die Ideologie des Tatkreises, *Die Tatwelt*, 9. Jg., S. 99-112.
- Matthiesen, Michael (1993), *Gerhard Ritter: Studien zu Leben und Werk*, Egelsbach, Köln und New York.
- Meier-Rust, Kathrin (1993), *Alexander Rüstow. Geschichtsdeutung und liberales Engagement*, Stuttgart, S. 51-93.
- Meineke, Stefan (2006), Parteien und Parlamentarismus im Urteil Friedrich Meineckes, in: Bock, Gisela und Daniel Schönplüg (Hg.), *Friedrich Meinecke in seiner Zeit. Studien zu Leben und Werk*, Stuttgart.
- Mergel, Thomas (2003), Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei, *Historische Zeitschrift*, Bd. 276, S. 323-368.
- Merkenich, Stephanie (1998), *Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918-1933*, Düsseldorf.

- Merlio, Gilbert und Gérard Raulet (2005), Einleitung, in: dies. (Hg.), *Linke und rechte Kulturkritik. Interdiskursivität als Krisenbewußtsein*, Frankfurt/M. u.a., S. 7-21.
- Möller, Horst (1997), Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung nach 1918, in: Lothar Gall (Hg.), *Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert*, München, S. 293-342.
- Morat, Daniel (2001), Intellektuelle in Deutschland. Neue Literatur zur *intellectual history* des 20. Jahrhunderts, *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 41, S. 593-607.
- Most, Otto (1925), Der liberale Gedanke in der Deutschen Volkspartei, in: *Deutscher Liberalismus. Reden der Reichstagsabgeordneten Oberbürgermeister Dr. Most, Geheimrat Prof. D. Dr. Kahl, Reichsminister Dr. Stresemann*, Berlin, S. 5-23.
- Most, Otto (1929), Wirtschaft und Persönlichkeit, *Die Tatwelt*, 5. Jg., S. 129-134.
- Most, Otto (1969), *Drei Jahrzehnte an Niederrhein, Ruhr und Spree*, Duisburg.
- Niedhart, Gottfried (2002), Außenminister Stresemann und die ökonomische Variante deutscher Machtpolitik, in: Pohl, Karl Heinrich (Hg.), *Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit*, Göttingen, S. 229-242.
- Oswalt, Walter (2005), Liberale Opposition gegen den NS-Staat. Zur Entwicklung von Walter Euckens Sozialtheorie, in: Goldschmidt, Nils (Hg.), *Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*, Tübingen, S. 315-353.
- Peukert, Helge (2000), Walter Eucken (1891-1950) and the Historical School, in: Koslowski, Peter (Hg.), *The Theory of Capitalism in the German Economic Tradition. Historism, Ordo-Liberalism, Critical Theory, Solidarism*, Berlin u.a., S. 93-145.
- Peukert, Helge (2004), Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Zu dem gleichnamigen Buch von Daniela Rüther, *ORDO*, Bd. 55, S. 419-422.
- Pies, Ingo (2001), *Eucken und von Hayek im Vergleich. Zur Aktualisierung der ordnungspolitischen Konzeption*, Tübingen.
- Pohl, Hans (2005), Die Entwicklung der Kartelle in Deutschland und die Diskussionen im Verein für Socialpolitik, in: ders., *Wirtschaft, Unternehmen, Kreditwesen, soziale Probleme. Ausgewählte Aufsätze*, Teil 1, Stuttgart, S. 305-334.
- Ptak, Ralf (2004), *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*, Opladen.
- Raithel, Thomas (2002), Parlamentarisches System in der Weimarer Republik und in der Dritten Französischen Republik 1919-1933/40. Ein funktionaler Vergleich, in: Möller, Horst und Manfred Kittel (Hg.), *Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918-1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich*, München, S. 283-314.

- Raithel, Thomas (2005), Funktionsstörungen des Weimarer Parlamentarismus, in: Föllmer, Moritz und Rüdiger Graf (Hg.), *Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt/M. und New York, S. 243-263.
- Raulet, Gérard (Hg.) (2001), *Historismus, Sonderweg und dritte Wege*, Frankfurt/M. u.a.
- Renner, Andreas (2002), *Jenseits von Kommunitarismus und Neoliberalismus: Eine Neuinterpretation der Sozialen Marktwirtschaft*, Graftschaft.
- Richter, Ludwig (2002), *Die deutsche Volkspartei 1918-1933*, Düsseldorf.
- Ritschl, Albrecht (2002), *Deutschlands Krise und Konjunktur 1924-1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre*, Berlin.
- Rüther, Daniela (2002), *Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler*, Paderborn u.a.
- Salin, Edgar (Hg.) (1929), *Das Reparationsproblem. Teil I: Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Pyrmont, Teil II: Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Berlin*, Berlin.
- Schauff, Johannes (Hg.) (1929), *Neues Wahlrecht. Beiträge zur Wahlreform*, Berlin.
- Schivelbusch, Wolfgang (2005), *Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933-1939*, München.
- Schlotter, Sven (2004), *Die Totalität der Kultur. Philosophisches Denken und politisches Handeln bei Bruno Bauch*, Würzburg.
- Schönberger, Christoph (2001), Die überholte Parlamentarisierung. Einflußgewinn und fehlende Herrschaftsfähigkeit des Reichstages im sich demokratisierenden Kaiserreich, *Historische Zeitschrift*, Bd. 272, S. 623-666.
- Schüller, Alfred (2003), Wilhelm Röpke – Werk und Wirken in Marburg: Lehren für Gegenwart und Zukunft, *ORDO*, Bd. 54, S. 21-48.
- Schulz, Gerhard (1980), Einleitung: Politik und Wirtschaft in den Dokumenten zur Regierung Brüning, in: *Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning*, Düsseldorf.
- Schulz, Gerhard (1987), *Deutschland am Vorabend der Großen Krise*, Berlin und New York.
- Schwabe, Klaus und Rolf Reichardt (Hg.) (1984), *Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen*, Boppard am Rhein.
- Stegmann, Dirk (1977), Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/5-1929 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen, in: Mommsen, Hans, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Kronberg und Düsseldorf, S. 499-513.

- Steinbach, Peter (2000), „Tradition und eigenes Urteil“. Walter Eucken im Jahrhundert der Diktaturen, in: Ryll, Stefan und Alparslan Yenal (Hg.), *Politik und Ökonomie. Problemsicht aus klassischer, neo- und neuklassischer Perspektive. Festschrift für Gerhard Huber*, Marburg, S. 57-79.
- Striesow, Jan (1981), *Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918-1922*, Frankfurt/M.
- Thadden, Rudolf von (Hg.) (1978), *Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen*, Göttingen.
- Trippe, Christian F. (1995), *Konservative Verfassungspolitik 1918-1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern*, Düsseldorf.
- Vierhaus, Rudolf (1982), Liberalismus, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 3*, Stuttgart, S. 741-785.
- Walther, Rudolf (1982), Wirtschaftlicher Liberalismus, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 3*, Stuttgart, S. 787-815.
- Wegmann, Milène (2002), *Früher Neoliberalismus und europäische Integration. Interdependenz der nationalen, supranationalen und internationalen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (1932-1965)*, Baden-Baden.
- Westarp, Kuno Graf von (2001), *Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik*. Bearbeitet von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Düsseldorf.
- Willgerodt, Hans (1998), Die Liberalen und ihr Staat – Gesellschaftspolitik zwischen Laissez-faire und Diktatur, *ORDO*, Bd. 49, S. 43-78.
- Winkler, Heinrich-August (1979), Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen.
- Wirsching, Andreas (2004), Koalition, Opposition, Interessenpolitik. Probleme des Weimarer Parteienparlamentarismus, in: Recker, Marie-Luise (Hg.), *Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich*, München, S. 41-64.
- Wirsching, Andreas (2008), „Vernunftrepublikanismus“ in der Weimarer Republik. Neue Analysen und offene Fragen, in: Wirsching, Andreas und Jürgen Eder (Hg.), *Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft*, Stuttgart, S. 9-26.
- Wolff-Rohé, Stephanie (2001), *Der Reichsverband der Deutschen Industrie 1919-1924/25*, Frankfurt/M. u.a.
- Zollitsch, Wolfgang (1999), Das Scheitern der „gouvernementalen“ Rechten. Tilo von Wilmowsky und die organisierten Interessen in der Staatskrise von Weimar, in: Kieseritzky, Wolther von und Klaus-Peter Sick (Hg.), *Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays*, München, S. 254-273.

Zweynert, Joachim (2007), *Die Entstehung ordnungsökonomischer Paradigmen – theoriegeschichtliche Betrachtungen*, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 07/8, Freiburg.



# Freiburger **Diskussionspapiere** zur Ordnungsökonomik

## Freiburg **Discussion Papers** on Constitutional Economics

- 09/10** **Dathe, Uwe:** Walter Euckens Weg zum Liberalismus (1918-1934)
- 09/9** **Wohlgemuth, Michael:** Diagnosen der Moderne: Friedrich A. von Hayek
- 09/8** **Bernhardt, Wolfgang:** Wirtschaftsethik auf Abwegen
- 09/7** **Mäding, Heinrich:** Raumplanung in der Sozialen Marktwirtschaft: Ein Vortrag
- 09/6** **Koenig, Andreas:** Verfassungsgerichte in der Demokratie bei Hayek und Posner
- 09/5** **Berthold, Norbert / Brunner, Alexander:** Gibt es ein europäisches Sozialmodell?
- 09/4** **Vanberg, Viktor J.:** Liberal Constitutionalism, Constitutional Liberalism and Democracy
- 09/3** **Vanberg, Viktor J.:** Consumer Welfare, Total Welfare and Economic Freedom – On the Normative Foundations of Competition Policy
- 09/2** **Goldschmidt, Nils:** Liberalismus als Kulturideal. Wilhelm Röpke und die kulturelle Ökonomik.
- 09/1** **Bernhardt, Wolfgang:** Familienunternehmen in Zeiten der Krise – Nachhilfestunden von oder für Publikumsgesellschaften?
- 08/10** **Borella, Sara:** EU-Migrationspolitik. Bremse statt Motor der Liberalisierung.
- 08/9** **Wohlgemuth, Michael:** A European Social Model of State-Market Relations: The ethics of competition from a „neo-liberal“ perspective.
- 08/8** **Vanberg, Viktor J.:** Markt und Staat in einer globalisierten Welt: Die ordnungsökonomische Perspektive.
- 08/7** **Vanberg, Viktor J.:** Rationalität, Regelbefolgung und Emotionen: Zur Ökonomik moralischer Präferenzen. Veröffentlicht in: V. Vanberg: Wettbewerb und Regelordnung, Tübingen: Mohr, 2008, S. 241-268.
- 08/6** **Vanberg, Viktor J.:** Die Ethik der Wettbewerbsordnung und die Versuchungen der Sozialen Marktwirtschaft
- 08/5** **Wohlgemuth, Michael:** Europäische Ordnungspolitik
- 08/4** **Löwisch, Manfred:** Staatlicher Mindestlohn rechtlich gesehen – Zu den gesetzgeberischen Anstrengungen in Sachen Mindestlohn
- 08/3** **Ott, Notburga:** Wie sichert man die Zukunft der Familie?
- 08/2** **Vanberg, Viktor J.:** Schumpeter and Mises as ‘Austrian Economists’
- 08/1** **Vanberg, Viktor J.:** The ‘Science-as-Market’ Analogy: A Constitutional Economics Perspective.
- 07/9** **Wohlgemuth, Michael:** Learning through Institutional Competition. Veröffentlicht in: A. Bergh und R. Höijer (Hg.). Institutional Competition, Cheltenham: Edward Elgar, 2008, S. 67-89.
- 07/8** **Zweynert, Joachim:** Die Entstehung ordnungsökonomischer Paradigmen – theoriegeschichtliche Betrachtungen.
- 07/7** **Körner, Heiko:** Soziale Marktwirtschaft. Versuch einer pragmatischen Begründung.
- 07/6** **Vanberg, Viktor J.:** Rational Choice, Preferences over Actions and Rule-Following Behavior.
- 07/5** **Vanberg, Viktor J.:** Privatrechtsgesellschaft und ökonomische Theorie. Veröffentlicht in: K. Riesenhuber (Hg.) Privatrechtsgesellschaft – Entwicklung, Stand und Verfassung des Privatrechts, Tübingen: Mohr Siebeck, 2008, S. 131-162.
- 07/4** **Goldschmidt, Nils / Rauchenschwandtner, Hermann:** The Philosophy of Social Market Economy: Michel Foucault’s Analysis of Ordoliberalism.
- 07/3** **Fuest, Clemens:** Sind unsere sozialen Sicherungssysteme generationengerecht?
- 07/2** **Pelikan, Pavel:** Public Choice with Unequally Rational Individuals.

- 07/1 Voßwinkel, Jan:** Die (Un-)Ordnung des deutschen Föderalismus. Überlegungen zu einer konstitutionenökonomischen Analyse.
- 06/10 Schmidt, André:** Wie ökonomisch ist der „more economic approach“? Einige kritische Anmerkungen aus ordnungsökonomischer Sicht.
- 06/9 Vanberg, Viktor J.:** Individual Liberty and Political Institutions: On the Complementarity of Liberalism and Democracy. Veröffentlicht in: Journal of Institutional Economics, Vol. 4, Nr. 2, 2008, S. 139-161.
- 06/8 Goldschmidt, Nils:** Ein „sozial temperierter Kapitalismus“? – Götz Briefs und die Begründung einer sozialetisch fundierten Theorie von Markt und Gesellschaft. Veröffentlicht in: Freiburger Universitätsblätter 42, Heft 173, 2006, S. 59-77.
- 06/7 Wohlgemuth, Michael / Brandi, Clara:** Strategies of Flexible Integration and Enlargement of the European Union. A Club-theoretical and Constitutional Economics Perspective. Veröffentlicht in: Varwick, J. / Lang. K.O. (Eds.): European Neighbourhood Policy, Opladen: Budrich, 2007, S. 159-180.
- 06/6 Vanberg, Viktor J.:** Corporate Social Responsibility and the “Game of Catallaxy“: The Perspective of Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy, Vol. 18, 2007, S. 199-222.
- 06/5 Pelikan, Pavel:** Markets vs. Government when Rationality is Unequally Bounded: Some Consequences of Cognitive Inequalities for Theory and Policy.
- 06/4 Goldschmidt, Nils:** Kann oder soll es Sektoren geben, die dem Markt entzogen werden und gibt es in dieser Frage einen (unüberbrückbaren) Hiatus zwischen ‚sozialetischer‘ und ‚ökonomischer‘ Perspektive? Veröffentlicht in: D. Aufderheide, M. Dabrowski (Hrsg.): Markt und Wettbewerb in der Sozialwirtschaft. Wirtschaftsethische Perspektiven für den Pflegesektor, Berlin: Duncker & Humblot 2007, S. 53-81.
- 06/3 Marx, Reinhard:** Wirtschaftsliberalismus und Katholische Soziallehre.
- 06/2 Vanberg, Viktor J.:** Democracy, Citizen Sovereignty and Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy Volume 11, Number 1, März 2000, S. 87-112 und in: Casas Pardo, J., Schwartz, P.(Hg.): Public Choice and the Challenges of Democracy, Cheltenham: Edward Elgar, 2007, S. 101-120.
- 06/1 Wohlgemuth, Michael:** Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingungen für sozialen Fortschritt. Veröffentlicht in: R. Clapham, G. Schwarz (Hrsg.): Die Fortschrittsidee und die Marktwirtschaft, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung 2006, S. 131-162.
- 05/13 Kersting, Wolfgang:** Der liberale Liberalismus. Notwendige Abgrenzungen. In erweiterter Fassung veröffentlicht als: Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 173, Tübingen: Mohr Siebeck 2006.
- 05/12 Vanberg, Viktor J.:** Der Markt als kreativer Prozess: Die Ökonomik ist keine zweite Physik. Veröffentlicht in: G. Abel (Hrsg.): Kreativität. XX. Deutscher Kongress für Philosophie. Kolloquiumsbeiträge, Hamburg: Meiner 2006, S. 1101-1128.
- 05/11 Vanberg, Viktor J.:** Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Zu F.A. Hayeks Kritik am Konzept der „sozialen Gerechtigkeit“. Veröffentlicht in: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Bd. 5: „Soziale Sicherung in Marktgesellschaften“, hrsg. von M. Held, G. Kubon-Gilke, R. Sturn, Marburg: Metropolis 2006, S. 39-69.
- 05/10 Goldschmidt, Nils:** Ist Gier gut? Ökonomisches Selbstinteresse zwischen Maßlosigkeit und Bescheidenheit. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 289-313.
- 05/9 Wohlgemuth, Michael:** Politik und Emotionen: Emotionale Politikgrundlagen und Politiken indirekter Emotionssteuerung. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 359-392.
- 05/8 Müller, Klaus-Peter / Weber, Manfred:** Versagt die soziale Marktwirtschaft? – Deutsche Irrtümer.

- 05/7 Borella, Sara:** Political reform from a constitutional economics perspective: a hurdle-race. The case of migration politics in Germany.
- 05/6 Körner, Heiko:** Walter Eucken – Karl Schiller: Unterschiedliche Wege zur Ordnungspolitik.
- 05/5 Vanberg, Viktor J.:** Das Paradoxon der Marktwirtschaft: Die Verfassung des Marktes und das Problem der „sozialen Sicherheit“. Veröffentlicht in: H. Leipold, D. Wentzel (Hrsg.): Ordnungsökonomik als aktuelle Herausforderung, Stuttgart: Lucius & Lucius 2005, S. 51-67.
- 05/4 Weizsäcker, C. Christian von:** Hayek und Keynes: Eine Synthese. In veränderter Fassung veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 95-111.
- 05/3 Zweynert, Joachim / Goldschmidt, Nils:** The Two Transitions in Central and Eastern Europe and the Relation between Path Dependent and Politically Implemented Institutional Change. In veränderter Fassung veröffentlicht in: Journal of Economic Issues, Vol. 40, 2006, S. 895-918.
- 05/2 Vanberg, Viktor J.:** Auch Staaten tut Wettbewerb gut: Eine Replik auf Paul Kirchhof. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 47-53.
- 05/1 Eith, Ulrich / Goldschmidt, Nils:** Zwischen Zustimmungsfähigkeit und tatsächlicher Zustimmung: Kriterien für Reformpolitik aus ordnungsökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive. Veröffentlicht in: D. Haubner, E. Mezger, H. Schwengel (Hrsg.): Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen Welten, Marburg: Metropolis 2005, S. 51-70.
- 04/15 Zintl, Reinhard:** Zur Reform des Verbändestaates. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 183-201.
- 04/14 Blankart, Charles B.:** Reform des föderalen Systems. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 135-158.
- 04/13 Arnim, Hans Herbert von:** Reformen des deutschen Parteiensystems. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 87-117.
- 04/12 Goldschmidt, Nils:** Alfred Müller-Armack and Ludwig Erhard: Social Market Liberalism. Veröffentlicht in: The History of Liberalism in Europe, Brochure Nr. 21, Paris 2004: CREA and CREPHE 2004.
- 04/11 Vanberg, Viktor J.:** The Freiburg School: Walter Eucken and Ordoliberalism.
- 04/10 Vanberg, Viktor J.:** Market and State: The Perspective of Constitutional Political Economy. Veröffentlicht in: Journal of Institutional Economics, Vol. 1 (1), 2005, p. 23-49.
- 04/9 Goldschmidt, Nils / Klinckowstroem, Wendula Gräfin v.:** Elisabeth Liefmann-Keil. Eine frühe Ordoliberale in dunkler Zeit. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt (Hrsg.): Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, Tübingen: Mohr Siebeck 2005, S. 177-204.
- 04/8 Albert, Hans:** Wirtschaft, Politik und Freiheit. Das Freiburger Erbe. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt (Hrsg.), Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, Tübingen: Mohr Siebeck 2005, S. 405-419.
- 04/7 Wohlgemuth, Michael / Sideras, Jörn:** Globalisability of Universalisability? How to apply the Generality Principle and Constitutionalism internationally.
- 04/6 Vanberg, Viktor J.:** Sozialstaatsreform und ‚soziale Gerechtigkeit‘. Veröffentlicht in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 45, 2004, S. 173-180.
- 04/5 Frey, Bruno S.:** Direct Democracy for a Living Constitution. In deutscher Übersetzung veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 26-86.
- 04/4 Commun, Patricia:** Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus: Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchszeiten.

- 04/3 Vanberg, Viktor J.:** Austrian Economics, Evolutionary Psychology and Methodological Dualism: Subjectivism Reconsidered. Veröffentlicht in: R. Koppl (ed.): Evolutionary Psychology and Economic Theory (Advances in Austrian Economics, Vol. 7), Amsterdam et al.: Elsevier 2004, p. 155-199.
- 04/2 Vaubel, Roland:** Reformen der europäischen Politikverflechtung. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 118-134.
- 04/1 Wohlgemuth, Michael:** The Communicative Character of Capitalistic Competition. A Hayekian response to the Habermasian challenge. Veröffentlicht in: The Independent Review, Vol. 10 (1), 2005, p. 83-115.
- 03/10 Goldschmidt, Nils:** Zur Theorie der Sozialpolitik. Implikationen aus ordnungsökonomischer Perspektive. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt, M. Wohlgemuth (Hrsg.): Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen, Tübingen: Mohr Siebeck 2004, S. 63-95.
- 03/9 Buchanan, James M:** Same Players, Different Game: How Better Rules Make Better Politics. In deutscher Übersetzung veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 25-35.
- 03/8 Dathe, Uwe / Goldschmidt, Nils:** Wie der Vater, so der Sohn? Neuere Erkenntnisse zu Walter Euckens Leben und Werk anhand des Nachlasses von Rudolf Eucken in Jena. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 54, 2003, S. 49-74.
- 03/7 Vanberg, Viktor J.:** The Status Quo in Contractarian Constitutionalist Perspective. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy, Vol. 15, 2004, p. 153-170.
- 03/6 Vanberg, Viktor J.:** Bürgersouveränität und wettbewerblicher Föderalismus: Das Beispiel der EU. Veröffentlicht in: W. Schäfer (Hrsg.): Zukunftsprobleme der europäischen Wirtschaftsverfassung, Berlin: Duncker & Humblot 2004, S. 51-86.
- 03/5 Pelikan, Pavel:** Bringing Institutions into Evolutionary Economics: Another View with Links to Changes in Physical and Social Technologies. Veröffentlicht in: Journal of Evolutionary Economics, Vol. 13, 2003, p. 237-258.
- 03/4 Nau, Heino Heinrich:** Reziprozität, Eliminierung oder Fixierung? Kulturkonzepte in den Wirtschaftswissenschaften im Wandel. Veröffentlicht in: G. Blümle u.a. (Hrsg.): Perspektiven einer kulturellen Ökonomik, Münster: Lit-Verlag 2004, S. 249-269.
- 03/3 Vanberg, Viktor J.:** The Rationality Postulate in Economics: Its Ambiguity, its Deficiency and its Evolutionary Alternative. Veröffentlicht in: Journal of Economic Methodology, Vol. 11, 2004, p. 1-29.
- 03/2 Goldschmidt, Nils / Berndt, Arnold:** Leonhard Miksch (1901–1950) – A Forgotten Member of the Freiburg School. Veröffentlicht in: American Journal of Economics and Sociology, Vol. 64, 2005, p. 973-998.
- 03/1 Vanberg, Viktor J.:** Die Verfassung der Freiheit: Zum Verhältnis von Liberalismus und Demokratie. Veröffentlicht in: N. Berthold, E. Gundel (Hrsg.): Theorie der sozialen Ordnungspolitik, Stuttgart: Lucius & Lucius 2003, S. 35-51.

**Diskussionspapiere vom Jahr 2002 sind noch erhältlich.**

<http://www.walter-eucken-institut.de/publikationen/diskussionspapiere.htm>